

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstellen
Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vorwärts, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 55.

Dienstag, den 5. März 1912.

19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Die gestrige Reichstagsdebatte über den Etat des Reichsamt des Innern wurde mit einem kleinen Vorspiel eingeleitet, das der eifässliche Zentrumsmann Wetterle lieferte. Er kam noch einmal auf die Streichung des Gnadenfonds in der Budgetkommission des reichsländischen Parlaments zu sprechen und verteidigte den strengen Monarchismus seiner Partei. Es kam bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen werden, daß unsere Parteigenossen den Gnadenfonds nicht nur aus bugetrechtlichen Bedenken abgelehnt haben, sondern auch weil sie ihn für eine höchst überflüssige und entbehrliche Einrichtung halten. Nach einer Rede des Abgeordneten Mumm, der die Vorsicht hatte, Einschränkungen des Koalitionsrechtes abzulehnen, und nach den üblichen mittelständlerischen Bedenken des Abgeordneten Werner, nahm der Staatssekretär Dr. Delbrück zu einer ausführlichen Besprechung seiner Wirtschaftspolitik das Wort. Man konnte mit einiger Spannung auf diese Darlegung gewartet haben, und das Haus wandte ihr auch eine Aufmerksamkeit zu, die den vorangegangenen Reden begrifflicherweise gefehlt hatte. Dieses gesteigerte Interesse fand aber nur zu einem geringen Teil Befriedigung. Denn wenn auch der Staatssekretär allerhand gelehrte Ausführungen über die Entwicklung und die Bedürfnisse machte, wie sie auch aus unserer industriellen Entwicklung erwachsen sind, so durfte er doch nicht die unbedingt nötigen Folgerungen ziehen. Das trifft zu sowohl für seine Angaben über die kommende Handelspolitik, als auch für all die Schlussfolgerungen, die er aus der wachsenden Syndikatsbildung herleitete. Der Staatssekretär hob selbst hervor, daß die hervorragendste Aufgabe der ganzen Wirtschaftspolitik gegenwärtig nicht mehr der Schutz des inneren Marktes, sondern die Erhaltung der auswärtigen Absatzgebiete gegenüber der dortigen Konkurrenz des Auslandes ist. Auf die selbstverständliche Folge dieser Tatsache machte ihn schon unser Genosse Sasse bei seiner alsbald folgenden Antwort aufmerksam: die Handelspolitik des Reiches muß eine Änderung erfahren und eben durch ein Abweichen von dem gewaltigen Zollschutz die Stellung der deutschen Industrie auf den Auslandsmarkt stärken. Der Staatssekretär selbst mag dieses Bedenken wohl empfunden haben, denn er fügte seiner eigenen Feststellung hinzu, daß auch eine freihändlerische Politik Deutschlands das Ausland keineswegs veranlassen würde, seine Tarife nachgiebiger zu gestalten. Diese Behauptung ist durchaus willkürlich und wird auch niemanden zu täuschen vermögen. Es ist vielmehr garnicht einzusehen, warum nicht bei gemäßigten deutschen Forderungen gelegentlich der nächsten Handelsvertragsverhandlungen auch Konzessionen von den anderen Staaten zu erwirken sein sollten? Es genügt wohl, in diesem Zusammenhange an die Repräsentanten zu erinnern, die seinerzeit als Antwort auf den deutschen Hochschutzzoll von anderen Staaten z. B. gegenüber der deutschen Spielwarenindustrie erteilt worden sind! Aber der Staatssekretär wollte oder mußte unbedingt sagen, daß das Reich an seiner „bewährten“ Wirtschaftspolitik festhalten werde, und er half sich über alle Schwierigkeiten seiner eigenen Logik mit der wiederholten Versicherung hinweg, daß die deutsche Volkswirtschaft die Kraft gehabt habe, alle Komplikationen zu überwinden. Daß auch diese optimistische Schilderung durchaus nicht einwandfrei ist, konnte ihm gleichfalls Gen. Sasse mit einem kurzen Hinweis auf die sicherlich wenig glänzende Lage eines großen Teiles der deutschen Textil-Industrie nachweisen. Auch die Bemerkungen des Staatssekretärs über die Syndikate waren wenig konsequent, so richtig manche seiner Feststellungen gewesen sein mögen. Er konstatierte, daß diese neuen wirtschaftlichen Gebilde vielfach den Charakter von Privatmonopolen angenommen hätten, und er fügte hinzu, er persönlich halte unter Umständen Privatmonopole für gefährlicher als Staatsmonopole. Da ihm erscheint die Umwandlung der Privatmonopole in Staatsmonopole als das wahrscheinliche Ergebnis der Entwicklung. Er lehnt aber jede ungeduldige Folgerichtigkeit mit der bequemen Beruhigung ab, wir seien noch nicht reif genug! Man konnte ihm von den sozialdemokratischen Bänken entgegenrufen, daß wir Sozialdemokraten schon längst reif sind.

Genosse Sasse begann seine Rede mit einer kurzen Polemik gegen den Staatssekretär, die wir soeben angeeignet haben. Er wandte sich dann seinem eigentlichen Thema zu und erörterte in ausführlichen und überzeugenden Darlegungen die Behandlung der Arbeiter, vor allem in den Bergbetrieben, und die Forderung, die sie an die Gesetzgebung stellen. Gegenüber allen Scharfmachern aus dem Hause hob er den Terrorismus hervor, wie er in ganz unerhöhrter Weise von den

Arbeitgebern ausgeübt wird, und wie er zu einer maßloser Ausbeutung führt. Er verlangte, daß die Arbeitgeber und die Regierung den berechtigten Wünschen der Arbeiter entgegenkommen und so die einzige Möglichkeit schaffen, auf die Dauer den Frieden zu erhalten. Wenn man allerdings diesen Forderungen und den wirklichen Zuständen die Reden entgegenhält, die fast zu gleicher Zeit zu demselben Gegenstand im preussischen Landtag gehalten worden sind, ist wenig Hoffnung berechtigt, daß die Regierung in Deutschland auch nur annähernd so viel Vernunft zeigen wird, wie sie die englische Regierung beweist.

Den Schluß der Verhandlung bildete eine lange von allgemeiner Unaufmerksamkeit begleitete Zinsfrierrede des Zentrumsabgeordneten Trl. Die Debatte findet morgen ihren Fortgang.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Gegen die Erbschaftsteuer.

Die sächsische Landesversammlung des Bundes der Landwirte nahm am Sonnabend in Dresden eine Resolution an, in der gesagt wird, daß die Kosten zur Stärkung der Wehrmacht des Reiches in erster Linie von den Interessenten der Weltpolitik und vom spekulativen Gewinn getragen werden müßten.

„Der Kaiser, wie er ist!“

In den Kreisen der Bevölkerung, die noch nicht jeden Sinn für Humor verloren haben, wird eine amtliche Notiz, veröffentlicht an der Spitze der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, ungetriebene Heiterkeit auslösen. Dieses Produkt bürokratischer Verböhrtheit lautet:

„Im Londoner „Strand Magazine“ ist unter dem Titel „Der Kaiser, wie er ist“, eine feuilletonistische Schilderung der Persönlichkeit Kaiser Wilhelms veröffentlicht worden, aus der auch in viele deutsche Blätter Auszüge übergegangen sind. Der Aufsatz gibt das Gesamtbild des Kaisers in willkürlicher Verzerrung und enthält im einzelnen so viel unrichtige Angaben, daß der Titel richtiger lauten müßte: „Der Kaiser, wie er nicht ist.“ Gegen eine am Kopf des Artikels zu lesende Bemerkung, wonach er von Kaiser Wilhelm selbst gebilligt worden sei, mußte unter diesen Umständen von vornherein Mißtrauen entstehen. Wie wir erfahren, ist diese Angabe völlig aus der Luft gegriffen.“

Gegen eine feuilletonistische Schilderung, die amtliche Dementiersprüche in Bewegung zu setzen, ist eine Leistung, die allerdings so recht in den Rahmen des Bethmann-Kurles hineinpaßt. Eigentlich fehlt nur noch, daß aus amtlicher Feder geschildert worden wäre, wie der Kaiser denn nun eigentlich ist.

Die Hoffnung der Nationalliberalen.

Die „Nationalzeitung“ schreibt: „Über die voraussichtliche Besetzung des Reichstagspräsidentens fanden heute (Sonnabend) erneute Besprechungen im Reichstage statt, u. a. zwischen den Abgeordneten Bassermann und Dove, die jedoch ein Ergebnis nicht gebracht haben. Namentlich auf Seiten der Rechten läßt man es an positiven Vorschlägen fehlen und sucht die Frage diktatorisch zu behandeln. Falls damit der Zweck verfolgt wird, die Situation noch verwickelter zu gestalten, und es bei der Neuwahl wieder auf eine Kraftprobe ankommen zu lassen, so müßten sich die Intransigenten sagen, daß diese Politik nicht nur gefährlich ist, sondern auch auf lebhaften Widerspruch stoßen wird, da das deutsche Volk den berechtigten Wunsch hat, endlich diese Frage in geziemender Weise gelöst zu sehen, ohne zum Gespött des Auslandes herzuhalten.“

Die Nationalliberalen sind also schon soweit, daß sie in aller Öffentlichkeit die Konservativen anbetteln, damit der Reichstag „nicht zum Gespött des Auslandes“ wird. Nun werden die Konservativen wohl endlich ein Einsehen haben.

Wer ist der Verfasser?

Daß den einzelnen Bundsratsmitgliedern von unberufener Seite eine Denkschrift gegen die Erbschaftsteuer zugegangen ist, wird von keiner Seite ernstlich bestritten. Dagegen ist die Frage, wer der unberufene Ratgeber war, noch immer Gegenstand der Erörterung. Zuerst wurden die Abg. Erzberger und Müller-Gulda genannt, sie haben die Verfälscherhaft in Worte gestellt; dann ergriff der badische Finanzminister die Flucht in die Öffentlichkeit, um zu erklären, er sei es auch nicht gewesen und nun wird halbamtlich erklärt:

„Die in verschiedenen Blättern verbreitete Annahme, Staatsminister Freiherr v. Hertling sei der Urheber der jüngst erschienenen Broschüre gegen die Erbschaftsteuer oder habe deren Veröffentlichung veranlaßt, ist unzu-

treffend. Damit entfallen auch die weiteren Kombinationen, die bezüglich der Stellungnahme des Freiherrn v. Hertling im Bundesrate zur Erbschaftsteuer an diese Broschüre geknüpft werden. In allem Ueberflusse konstatieren wir noch, daß auch der ehemalige Reichstagsabgeordnete Freiherr v. Hertling an der Abfassung der Broschüre nicht beteiligt war.“

Daß der geheimnisvolle Verfasser im Zentrum sitzt, oder doch dem Zentrum sehr nahe steht, darf als sicher angenommen werden.

Freiherr v. Hertling war bisher der Führer des Zentrums; daß er mit seiner Ernennung zum bayerischen Ministerpräsidenten aufgehört hat, Zentrumsmann zu sein, ist natürlich nicht anzunehmen. Als bayerischer Ministerpräsident ist er aber ein sehr einflussreiches Mitglied des Bundesrats, in welcher Körperschaft demnach das Zentrum jetzt einen unbedingten Vertrauensmann sitzen hat. Frhr. v. Hertling war als Reichstagsabgeordneter Gegner der Erbschaftsteuer, er wird diese Steuer auch im Bundesrat bekämpfen und damit ist dieser Steuer ein sehr gefährlicher Gegner entstanden, denn die Vertretung des zweitgrößten Staates kann im Bundesrat nicht ohne weiteres einfach überstimmt werden.

Die Konservativen und die Frauenbewegung.

In ihrem Wochenrückblick bemerkt die „Kreuztg.“ zu dem in letzter Woche abgehaltenen bürgerlichen Frauenkongress u. a.:

Über eins ist wohl aber gar kein Streit mehr, daß nämlich unser sogenanntes Privatleben immer öffentlicher, von der sozialen Entwicklung immer abhängiger wird, und daß darum die Frau auch lernen muß, sich im öffentlichen Leben zurechtzufinden, sich erforderlichenfalls selber darin geltend zu machen. Seit die Sozialdemokratie ihre Frauen mobil macht, können die konservativen Frauen nicht zu Hause bleiben. In der sozialen Fürsorge, in der inneren Mission, haben sie längst dienend und führend Großes geleistet. Von da in die Politik ist nur ein kleiner und unvermeidbarer Schritt. Das Beispiel erfolgreicher Frauen, die im öffentlichen Leben Gutes geleistet und sich einen Namen gemacht haben, lockt unsere Töchter aus dem Schutze der Familie, der Tanzkränzchen und Sportfreuden hinaus in die Öffentlichkeit, und man kann nur mit freudiger Anerkennung konstatieren, daß sich aus der Frauenbewegung selber ein kräftiger Widerstand erhebt gegen alles gemeingefährliche Dilettieren ehrgeiziger Frauen auf ernsten Gebieten.“

Nun mögen die Konservativen aus den Worten ihres Organs die Konsequenzen ziehen und mit dahin wirken, daß den Frauen durch die Gesetzgebung mehr Elbogenfreiheit gewährt wird.

Schnjucht nach dem Staatsstreich.

Im Scherischen „Tag“ (Nr. 52 vom 2. März) sucht ein Herr Dietrich von Dergen — nicht der Reichstagsabgeordnete Ulrich von Dergen — Stimmung für einen gegen die Sozialdemokratie gerichteten Staatsstreich zu machen. Dieser mecklenburgische Junker kann sich noch nicht mit der großen Zahl der Sozialdemokraten im Reichstag abfinden. In der jetzigen Zusammensetzung erscheint ihm der Reichstag absolut arbeitsunfähig, und er wirft die Frage auf, was nun geschehen solle. Das Wahlrecht ändern, so einfach ist die Sache nicht. Das sieht auch Dergen ein:

Was zunächst das Wahlrecht betrifft, so wird die Antwort nur pessimistisch lauten können. Auf dem Wege einfacher Reform ist eine Änderung nicht denkbar, es muß bleiben, wie es ist, bis eine Krisis die Wege ebnet.“

Geschehen soll aber etwas und was da geschehen soll, das stellt sich der Junker von Dergen folgendermaßen vor:

„Was soll nun angesichts dieser Lage die Regierung tun?“

Als Bismarck während des Boulanger-Kummels den Rat bekam, über Frankreich herzufallen, weil der Sieg jetzt leichter sei, als es in 10 Jahren sein werde, lehnte er das Präventivverfahren ab. Einen nicht unbedingt notwendigen Krieg wollte er nicht willkürlich herbeiführen.

Ganz anders 1866 und 1870. Von dem Augenblick an, wo er sah, der Krieg sei unvermeidlich, zögerte er keinen Augenblick, zum Bruch zu treiben; ja selbst aus der Schamade eine Fanfare zu machen.

Die Analogie unserer gegenwärtigen inneren Lage zu der äußeren in 1866 und 1870 ist packend, der Krieg aber erhaltenden Gewalten des monarchischen Staates mit der als republikanisch demaskierten Sozialdemokratie ist unvermeidlich. Er muß kommen; über kurz oder lang. Wäre es da wirklich unecht, wenn ein mutiger Staatsmann die Auseinandersetzung beschleunigte, geschickt herbeiführte?

Der Wege, die zu diesem Ziele führen, gibt es viele. Es braucht z. B. nur mit der Norm, daß auf je 100 000 Deutsche ein Abgeordneter kommt, ernst gemacht werden und die Wahlen des roten Meeres werden den Reichstag überfluten. Dann braucht nur der Etat vorgelegt zu werden, um den Konflikt zur Wahrheit werden zu lassen. Und das Staatsleben läßt sich fest. Dem Bundesrat bleibt in diesem Falle nichts übrig, als sich an die Parlamente der Bundesstaaten zunächst um die laufenden Mittel, weiterhin um neue Verfassungsformen zu wenden.

Utopisch ist das nicht. Die gebildeten und bestgehenden Klassen des Deutschen Reiches haben wirklich, trotz aller Dekadenz, doch noch zu viel Vaterlandsliebe, monarchischen Geist und sittliche Kraft, um sich auch nur im Reichstag das Sockel einer blöden, geistlosen Pöbelherrschaft dauernd gefallen zu lassen. Unerlässliche Bedingung aber für den Staatsmann, der den Kampf aufnimmt, sind — Nerven!

Wie wäre es denn, wenn sich der Herr Dietrich von Derges S. M. als der starke Mann mit den festen Nerven präsentierte, der den Konflikt künstlich herbeiführen und dann im Wege des Staatsstreiks das deutsche Volk zu entrechten bereit ist? Wir fürchten freilich, es besteht selbst in der gegenwärtigen Regierung noch zu viel Einsicht, als daß man auf diese hinverbrannten Albernheiten eines tollgewordenen Mecklenburger Junkers eingehen würde. Zugabe, daß die „Dekadenz der gebildeten und bestgehenden Klassen“ des Reiches solche Vorkämpfer möglicherweise hergesehene Masse des deutschen Volkes, deren unwürdige Kraft erst wieder in den 4/4 Millionen sozialdemokratischen Stimmen zutage trat, wird jeden verbrecherischen Versuch, an den Rechten des Volkes zu rütteln, abzuwehren wissen.

Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus begann am Montag die Beratung des Berggesetzes. In der Generaldebatte spielte naturgemäß die augenblickliche Bewegung im Ruhrrevier eine große Rolle. Abg. Brust vom Zentrum, Vorstandsmittglied des christlichen Bergarbeiterverbandes, der bekanntlich mit den übrigen Verbänden nicht gemeinsam vorgeht, mußte zugeben, daß die Löhne im Ruhrrevier niedrig sind und daß ohne eine Lohnerhöhung ein Streik wohl kaum vermieden werden könne. Allerdings konnte er nicht unterlassen, bei dieser Gelegenheit dem alten Verbande einen Hieb zu versetzen, indem er erklärte, daß im Ruhrrevier nur durch das besonnene Verhalten des christlichen Verbandes bisher ein Streik verhindert sei und daß die Sozialdemokraten jede Bewegung der Arbeiter auf Verbesserung parteipolitisch zur Niederringung des christlichen Verbandes auszunutzen suchen. Ihm erwiderte in sehr geschickter Weise Gen. Leinert, der, nachdem er die Lage der Bergarbeiter und des Bergbaues im allgemeinen besprochen hatte, auf die Forderungen der Arbeiter im Ruhrrevier einging und deren Berechtigung nachwies. Am Schluß seiner Rede forderte Leinert die Regierung auf, ihre Stellung zu präzisieren und sich dem gewalttätigen Vorgehen der Grubenbarone, die schon oft großes Unheil durch die rückwärtslose Anwendung ihrer Macht angerichtet haben, entgegenzustellen. Der Handelsminister Sydow ging einer offenen Stellungnahme aus dem Wege. Natürlich ließ er keinen Zweifel darüber aufkommen, daß er im Grunde seines Herzens mit den Unternehmern sympathisiert, wagte es aber doch nicht offen, sich auf ihre Seite zu stellen und gab der Hoffnung Ausdruck, daß es durch Besonnenheit auf beiden Seiten gelingen werde, den Streik zu vermeiden. Was er unter Besonnenheit versteht, geht daraus hervor, daß er den christlichen Verband als besonnenen hinstellte. Für das Verhalten der Grubenbarone legte sich in unabweisbarer Weise der national-liberale Abg. Hirsch-Essen, der bekannte Oberscharfmacher, ins Zeug; er trat sogar schärfer auf als die Redner der Konservativen.

Wem die Kolonien nützen.

In einem Artikel über die beruflichen Aussichten in Deutschafrika warnt die „National-Zeitung“ die Auswanderungslustigen dringend vor einem unüberlegten Entschluß. Denn mancher Auswanderer, der nach unseren Kolonien gegangen sei, habe „trübe Erfahrungen“ gemacht und „bittere Enttäuschungen“ erlebt. Der Bedarf an Handwerkern sei in allen Kolonien sehr gering. In Deutschsüdwestafrika seien die Chancen noch am günstigsten. Indessen werde der Bedarf für Handwerker durch das Verbleiben ehemaliger Schutztruppenangehöriger im Lande reichlich gedeckt. In Deutschostafrika lägen die Verhältnisse noch ungünstiger. Vom Handwerk allein könne man sich dort nicht ernähren. Erst recht hätten ungelernete Arbeiter ebenjowenig hier wie in Togo und in Kamerun Aussicht auf ein Fortkommen. In den letztgenannten beiden Schutzgebieten verbiete auch schon das Klima den Weißen dauernde körperliche Anstrengung.

Aber nicht nur Arbeiter und Handwerker erfahren hier, daß in unseren Kolonien nichts für sie zu holen ist, sondern auch „selbständige Kaufleute mit kleinerem Kapital“. In Südwestafrika sei der Kaufmanns- und Händlerstand bereits jetzt reichlich stark vertreten. In Deutschostafrika ließen die indischen Händler eine Konkurrenz europäischer Kaufleute kaum aufkommen, und für Kamerun und Togo sei für selbständige Kaufleute der Bedarf bereits gedeckt. In Kamerun bezügelte liege der gesamte Handel ausschließlich in den Händen von ungefähr 25 europäischen Großfirmen.

So hat die nichtbesitzende Klasse in Deutschland eben nur die riesigen Kosten für unsere Kolonien und unsere ganze Weltpolitik aufzubringen — aber irgendwelche Fortkommensmöglichkeiten bieten sich ihr in unseren Kolonien nicht! So bestätigt der Artikel des national-liberalen Diates genau das, was wir selbst schon hundertmal dargelegt haben!

Der Befehl zum Hinanswurf.

In der Debatte über die Abänderung der Geschäftsordnung des preussischen Landtags kam Senosse Hirsch auch darauf zu sprechen, daß ein bestimmtes Formular enthält, das die Anweisung an die Polizei enthält, einen

Abgeordneten gewaltsam aus dem Sitzungssaal zu entfernen. Dieses interessante Dokument preussischer Kultur hat, wie das „Berliner Tageblatt“ erfährt, folgenden Wortlaut:

„Das Mitglied des Hauses, Herr ist gemäß § 64 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses für den Rest des heutigen Tages von der Sitzung ausgeschlossen, hat sich jedoch ungeachtet der von mir erlassenen Aufforderung dazu nicht entfernt. Hiermit erlaube ich den königlichen Polizeileutnant (Hauptmann) den genannten Abgeordneten, der, wie erforderlich, durch einen von mir bestimmten Beamten des Abgeordnetenhauses bezeichnet werden wird, aus dem Sitzungssaal des Hauses zu entfernen.“

Die Suspendierung des Kartoffelzollens.

Die „Deutsche Tageszeitung“, das Blatt des nimmerfatten Agrariertums, kann sich über die Aufhebung des Kartoffelzollens für die Zeit vom 15. Februar bis zum 30. April noch nicht beruhigen und die Reichsregierung wird deshalb in der Sonntags-Nummer zum wiederholten Male abgekanzelt. Die Regierung habe ohne gesetzliche Grundlage gehandelt und hätte die Zustimmung des Reichstages einholen müssen. Der Zollvereinigungsvertrag von 1867 gebe dem Bundesrat keinerlei Anhalt, einen Zoll aufzuheben; wohl aber besage der Absatz 3 des Artikels 15, daß ein einzelner Bundesstaat berechtigt ist, Zölle zu erlassen, daß er aber auch verpflichtet ist, die betreffenden Summen aus seiner Tasche dem Reich zurückzuzuerstatten. Die „Deutsche Tageszeitung“ schließt:

„Wie gesagt, wir müssen es auch nach den Ausführungen des Herrn Reichsjustizsekretärs in der Budgetkommission ablehnen, die vom Bundesrate vorgenommene Suspendierung des Kartoffelzollens als auf rechtlicher Grundlage erfolgt, anzuerkennen. Wir halten diese Maßnahme für nur künstlich und unzureichend begründet. Die Angelegenheit ist aber von schwerster prinzipieller Bedeutung, denn wo ist da eigentlich die Grenze? Theoretisch könnte nach der Deduktion des Reichsjustizsekretärs der Bundesrat ja aus „Billigkeitserwägungen“ jeden andern Zoll, z. B. die Getreidezölle, suspendieren, ohne den Reichstag zu fragen. Leute, die das für „billig“ halten, wird er sicher finden. Und die Herren Brentano, Gothein usw. werden auch gerne bereit sein, ihm diese „Billigkeit“ sogar „wissenschaftlich“ (wie sie es verstehen) zu begründen. — Wir hoffen nach allem, daß in dieser Frage das letzte Wort noch nicht gesprochen ist und daß man im Plenum des Reichstages Gelegenheit nehmen wird, auf die Angelegenheit mit aller Gründlichkeit zurückzukommen.“

Dieses Vorgehen der Agrarier beweist, wie habgierig sie sind und wie gemeingefährlich ihr Tun wirkt.

Das Ende der pommerischen Landratsallmacht?

Der Landrat von Malchin im pommerischen Kreise Grimmen, der nicht nur durch den Prozeß des Rittergutsbesizers Becker, sondern auch durch den Wahlerlaß an die Guts- und Gemeindevorsteher seines Kreises Aufsehen erregte, in dem er aufforderte, „dahin zu wirken, daß nur solche Volksvertreter in den Reichstag entsandt werden, die den Kampf gegen die Umsturzpartei mit aller Kraft im Verein mit der kgl. Staatsregierung aufzunehmen und durchzuführen willens sind“ — scheint als Landrat ausgespielt zu haben. Nach einer Meldung des „Tageblattes für Vorpommern“ von angeblich zuverlässiger Seite ist die Amtsenthebung des so gewaltigen Herrn zum 1. April bestimmt vorgesehen und als sein Nachfolger werde Herr von Stumpfeld ernannt.

Wir vermuten, der Herr von Malchin wird, wie einst die Kanalbellenden, mit seiner staatsverhaltenden Gesinnung die Treppe hinauffallen. Es wird in der Notiz auch nicht gesagt, daß dieser preussische Junker aus dem Staatsdienst scheidet.

Die geheimnisvolle Zentrums-Denkchrift.

Die „Germania“ rückt jetzt endlich mit näheren Angaben über die Denkchrift heraus, deren Verfasser noch immer der Öffentlichkeit unbekannt geblieben ist. Das Zentrumsblatt meint, es könne nur die Broschüre gemeint sein, die unter dem Titel: „Vertrauliche Denkchrift über die neuen Wehvorlagen und ihre Deckung“, den Ministern der Bundesstaaten zugegangen ist. Diese Denkchrift enthalte aber kein Wort, weder für noch gegen eine Erbschaftsteuer, sondern führe nur die Wertzuwachssteuer als eine noch weiter zu erschließende Finanzquelle an. Abgesehen enthalte die Broschüre nichts, was nicht jeder Abgeordnete und jedes Bundesratsmitglied, das sich einigermaßen mit Statfragen beschäftigt, ohnehin wissen müßte.

Es ist nun aber noch immer nicht klargelegt, weshalb nun gerade ein Zentrumsmann sich dazu verpflichtet fühlte, die Minister der Bundesstaaten „aufzuklären“. Das Zentrumsmitglied muß demnach unbedingt vorausgesetzt haben, daß die Minister der Bundesstaaten sich um das, was im Etat steht, überhaupt nicht kümmern.

Aufgelöst.

Der in seiner Mehrheit aus Sozialdemokraten bestehende Landtag des Fürstentums Schwarzburg-Rudolstadt hat gestern den Antrag der Regierung, betreffend Abänderung des Wahlgesetzes abgelehnt. Hierauf löste der Staatsminister den Landtag auf. — Hoffentlich gibt die Bevölkerung der Regierung bei den Neuwahlen die gebührende Quittung für ihr Verhalten.

Deutsch-englische Entente.

Die „Neue Gesellschaftliche Korrespondenz“ hatte die Nachricht verarbeitet, daß Staatssekretär von Ribbentrop, im Anschluß an den Besuch des englischen Kriegsministers Haldane in Berlin, eine Anzahl Politiker empfangen habe, um mit ihnen über die deutsch-englischen Annäherungen zu konferieren. Diese Nachricht wurde offiziös dementiert. Nun hierzu die genannte Korrespondenz:

„Es scheint ganz ausgeschlossen, daß der Versuch, diese Mitteilung, deren Richtigkeit jederzeit nachweisbar wäre, als unglaubwürdig hinzustellen, auf den Herrn Staatssekretär zurückgeführt werden kann. Seine Politiker, die Herr v. Ribbentrop-Wächter — einzeln — zu sich gebeten hatte, empfingen den offenbar durchaus zutreffenden

Eindruck, daß es sich bei der Annäherung zwischen Deutschland und England um eine Art von Entente handeln wird, indem auf eine Reihe von Jahren eine grundsätzliche Einigung über alle einschlägigen Punkte, die zu Differenzen und Reibungen Anlaß zu geben imstande wären, erfolgen soll, so daß, so lange die Entente dauert, die Gefahr eines feindlichen Zusammenstoßes der beiden Mächte ausgeschlossen würde, vorausgesetzt natürlich, daß nicht irgendwelche unberechenbare, außerhalb des Willens der beiden Mächte liegende internationale Komplikationen eintreten.“

Die Korrespondenz nimmt an, daß das offiziöse Nachrichtenbureau mit seinem Dementi „fehlerhaft informiert oder intentioniert“ ist.

Italien.

Der Oberbefehlshaber der italienischen Seestreitkräfte im italienisch-türkischen Kriege, Admiral Ubray, ist plötzlich gestorben.

Finnland.

Ein eigenartiger Lössenstreik. Unser finnländischer Mitarbeiter schreibt uns: Bereits vor einigen Jahren wollte die russische Regierung die finnische Lössenverwaltung verschlingen. Der Raub wurde damals dadurch vereitelt, daß die Lössen ihren Dienst zu kündigen drohten. Ohne Lössen war aber die Regierung hilflos. Die Angelegenheit kam damals dadurch zur Ruhe, daß ein Russe Samsonow, der sich seinerzeit die finnische Staatsbürgerschaft verschafft hatte, als Lössenkommandant an die Spitze der Verwaltung gesetzt wurde. Sonst blieb die Institution noch ein Bestandteil der finnischen Verwaltung. Nun ist aber die finnische Lössenverwaltung laut Ukas des Zaren vom 26. Februar dem russischen Marineministerium direkt untergeordnet worden. Damit ist die angebrochte Russifizierung der Lössenverwaltung mit einem Federstrich durchgeführt worden. Russisches Kommando und russisches Kriegsrecht ist jetzt den Lössen rechtswidrig aufgezwungen worden. Daher reichen die Lössen aus dem ganzen Lande Entlassungsgesuche ein. Schon am 13. Februar, als die Sache noch in der Schwebe war, reiste eine größere Anzahl Lössen nach Helsingfors, um ihre Angelegenheit zu besprechen. Sie wurden bereits auf der Fahrt dorthin von Polizeilagern beobachtet. In Helsingfors wurden sie einfach von der Straße auf die Polizei geführt und einem Verhör unterworfen — ein Vorgang, der in Finnland nichts Neues mehr darstellt. Indessen ließen sich die Lössen auch dadurch nicht einschüchtern. Sie blieben bei ihrem Entschluß und kündigten den Dienst. Hierbei ist noch folgendes bemerkenswert: Während die Gouverneure und andere Verwaltungsbeamte, die höhere Posten bekleiden, den gesetzwidrigen Verfügungen des Generalgouverneurs Folge leisten und alles tun, was die russische Regierung von ihnen verlangt, treten die gewöhnlichen Lössen als ganze Männer für das Recht des Landes ein. Für die westeuropäischen Staaten ist der brutale Eingriff des Zaren in die finnische Lössenverwaltung insofern von besonderer Bedeutung, als er der Schiffsverkehrsverkehr mit den Häfen am finnischen und baltischen Meerbusen lahmzulegen droht. Außer den streikenden finnischen Lössen verfügt die Zarenregierung über keine erprobten, kundigen Führer durch die mit zahlreichen Schären bedeckten Fahrstraßen nach den finnischen Häfen. Die Gemeingefährlichkeit und Kulturwidrigkeit des russischen Zartismus tritt hier wieder schlagend zutage.

China.

Die Lage. Nach den letzten Meldungen aus China verließ die Nacht vom 2. zum 3. März und der Sonntag in Peking ruhig. Der Sicherheitsdienst in der Stadt wird jetzt durch die frühere städtische Gendarmerie besorgt, die in voller Stärke wieder herangezogen wurde. Sonntag nachmittag machten Abteilungen sämtlicher fremden Bewachungstruppen einen gemeinsamen Anzug durch die Stadt, der glänzend wirkte. In Tientsin wurde der Deutsche Schreyer, als er sich zur Rettung der Familie eines deutschen Ingenieurs in das Chinesenviertel Hopes begab, von einem chinesischen Soldaten durchgehauen in Kopf und Unterleib getötet. Der Täter wurde ergriffen und sofort erschossen. Quanshikai sprach sein Bedauern über den Tod Schreyers aus. Der deutsche Ingenieur Rademacher wurde durch einen Hieb über die Hand leicht verletzt. Das Konsularkorps in Tientsin veranlaßte auf die Bitte der chinesischen Behörden, daß auch im Chinesenviertel Tientsin ein Sicherheitsdienst eingerichtet wird, soweit die Kommandanten der fremden Truppen dazu in der Lage sind.

Wie es scheint, ist die ganze Nordarmee mit der Meuterei einverstanden.

In Peking sind im Laufe des Sonntag über 100 Plünderer, darunter 6 Frauen und viele Polizeibeamte, hingerichtet worden. — Bei den letzten Feuersbrünsten sind 20 Personen umgekommen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 5. März.

Beendeter Streik. Der Streik der Mühlenarbeiter der hiesigen Grünmühle ist beendet.

Die Bürgerschaft hält am kommenden Montag, abends 6 Uhr, eine Sitzung ab. Die Budgetberatung beginnt am 18. März.

Die vorwegende Heilfürsorge für Invalidenversicherete.

Um die infolge einer Erkrankung drohende Invalidität eines Versicherten oder der Witwe eines Versicherten abzumenden, kann die Versicherungsanstalt ein Heilverfahren einleiten; sie kann es tun, auch wenn nur vorübergehende Invalidität, die sie belassen könnte, zu befürchten ist; sie tut es, wenn die Krankheit nach sachverständigen Ermessen heilbar oder für längere Zeit besserungsfähig erscheint und die Kosten des Heilverfahrens nicht außer Verhältnis zu der im Falle der Invalidität zu gemäßen Rente stehen. Nicht eingeleitet werden kann ein Heilverfahren für einen Versicherten, dessen Rentenanwartschaft erloschen ist, wohl aber für einen, der die Anwartschaft noch nicht ganz erfüllt hat (bei Pflichtversicherten genügen zur Erfüllung der Anwartschaft 200, bei Selbstversicherten 500 Beitragswochen).

Wenn der Wertschere verheiratet ist und mit seiner Familie zusammenlebt, oder wenn er einen eigenen Haushalt hat oder Mitglied des Haushaltes seiner Familie ist, dann bedarf es seiner Zustimmung. Bei einem Minderjährigen genügt seine Zustimmung.

Wahlrecht für die Versicherungsanstalt. ein Selbstverfahren, dann hat sie für dessen Dauer dem Kranken das zu gewähren, was diesem seine Krankenkasse auf Grund ihrer Satzungen zu leisten hätte. Angehörige des Erkrankten, deren Unterhalt er ganz oder überwiegend aus seinem Arbeitsverdienst bestritten hat, erhalten während des Selbstverfahrens ein Hausgeld, auch dann, wenn er an keine Krankenkasse oder Ersatzkasse Anspruch hat; es beträgt ein Viertel des Ortslohnes für erwachsene Tagelöhner. Unterlag jedoch der Erkrankte bis zur Bewilligung einer Selbstfürsorge durch die Versicherungsanstalt der Krankenversicherung, dann richtet sich das Hausgeld auch für die Zeit, für welche die Verpflichtung der Krankenkasse nicht mehr besteht, nach den Vorschriften über Krankenversicherung. Das Hausgeld fällt weg, solange und soweit Lohn oder Gehalt auf Grund eines Rechtsanspruchs weitergezahlt wird (zum Beispiel bei Handlungsgehilfen auf Grund § 68 des Handelsgesetzbuches, bei Betriebsbeamten, Werkmeistern, Technikern auf Grund § 183c der Gewerbeordnung, bei Seeschiffen auf Grund § 553 des Handelsgesetzbuches).

Erzählt sich ein Erkrankter ohne gesetzlichen oder sonstigen Grund einer Selbstfürsorge, dann kann die Rente, für den Fall, daß die Invalidität durch die Selbstfürsorge voraussichtlich verhindert worden wäre, auf Zeit ganz oder teilweise versagt werden, vorausgesetzt, daß der Erkrankte auf diese Folge hingewiesen worden ist.

Je früher ein Selbstverfahren eingeleitet wird, desto mehr Aussicht auf dauernden oder langanhaltenden Erfolg ist vorhanden. Die Versicherer haben das dringendste Interesse daran, diesem Vorteil frühzeitiger Selbstbehandlung ihre volle Aufmerksamkeit zuzuwenden. Ebenso erfüllen die Dienstherren und Arbeitgeber eine soziale Pflicht, wenn sie ihre Versicherten zur rechten Zeit auf ein Selbstverfahren hinweisen.

Die Landesversicherungsanstalt der Hansestädte hat in den Jahren 1892 bis 1910 unter andern 2144 Bleichsüchtige und Ulkarme, 1780 Rheumatische, 1090 Neurastheniker, 945 mit Luftröhren- oder Lungenarterien-Verhärtungen, 1229 Kolonvaleszenten und körperlich Schwache u. 80 Lupusranke, im Jahre 1910 allein 964 lungentuberkulöse Männer und 729 lungentuberkulöse Frauen in Selbstbehandlung genommen und an eigenen Kosten für Selbstbehandlung von 1891 bis 1910 insgesamt 7542 286 Mk. im Jahre 1910 allein dreiviertel Millionen Mark aufgewendet.

Als Heilstätten dienen der Landesversicherungsanstalt der Hansestädte die Lungenheilstätten Oberberg-Gebrüderheim und Glüch auf im Harz, Edmundsthal bei Geesthacht, die Gesundheitsheime Gr. Hansdorf, Westerland, Krittau, Gollow, Salzkufen, Byrmon, die Wäber Deuhausen, Widdungen, Zalkenbahn, Kleinen, Lipppringe, die Erntehäuser Salzen und Elm und eine Reihe anderer auf das zweckmäßigste eingerichtete Sanatorien und Kliniken (zum Beispiel für Zahn- und Zahnfleischkrankheiten, Lupusranke).

Achtung, Metallarbeiter, Werk- und Schiffbauarbeiter. In Danzig und Gding streiken sämtliche Arbeiter der Schiffsbauwerke um die Erbringung ganz bescheidener Lohnforderungen, die auf allen anderen Werften schon längst anerkannt sind. Unterliegt alle die kämpfenden Kollegen durch strikte Fernhaltung des Zugels!

Die Ortskrankenkasse in Lübeck hatte am 1. März 1912 22 626 Mitglieder gegen 21 258 im Jahre 1911. Auf Männer entfielen davon 15 617 (1911 14 538), auf Frauen 7009 (1911: 6720). Erwerbsunfähigkrank waren am letzten Februar 1911: Männer 576 (1911: 486) und Frauen 861 (1911: 299). Auswechselfälle für Familienangehörige zur Inanspruchnahme ärztlicher Behandlung wurden im Febr. 2095 (1911: 1578) erteilt. Sterbefälle wurden im Februar für Mitglieder in 18 Fällen, für Angehörige in 39 Fällen gezählt. Übertretungen erwerbsunfähiger Mitglieder gegen die versicherungsmäßigen Verhaltensvorschriften waren in 24 Fällen mit Strafe zu belegen. Wegen verspäteter Meldung zur freiwilligen Fortsetzung der Mitgliedschaft im Anschluß an die beendete versicherungspflichtige Beschäftigung haben im Februar 11 Anweisungen erfolgen müssen. Die freiwilligen Klassenbeiträge müssen Mittwochs und Donnerstags tunlichst in den Vormittagsstunden entrichtet werden.

Dem Leibe entgegen! Allenthalben regt sich das neue Leben in der Natur. Dazu gesellt sich der laute Jubel der Vogelwelt in den Gärten und Wäldern, mit dem diese morgens die von Tag zu Tag zeitiger aufstehende Sonne begrüßt. Kein Wunder, wenn da die Proletarier, die früh im Zwielicht zur Arbeitsstätte eilen, froher aufatmen und sich nach dem nächsten Sonntag sehnen, an dem auch sie einen Gang ins Freie machen und sich draußen in Flur und Wald an dem Erwachen der Natur ergötzen können. Es ist freilich nicht ausgeschlossen, daß der gestrenge Herr Winter, der in den vergangenen Monaten entgegen allen schlimmen Prophezeiungen ein recht mildes Regiment führte, noch ein paar Anläufe unternimmt, dem Leibe die Vorherrschaft streitig zu machen. Schneegestöber und Fröste im März und April sind schon dagewesen. Nichtsdestoweniger wissen wir, daß es aufwärts geht, daß es ihm nicht mehr gelingt, das Rad der Zeit zurückzudrehen. Die Vorgänge in der Natur laden zu Vergleichen mit den verschiedenen Phasen des politischen Lebens. Auch dort tobt ein heftiger Kampf zwischen der herrschenden Klasse und der Masse der Unterdrückten — zwischen Kapitalismus und organisiertem Proletariat — um mehr Licht und mehr Freiheit. Aber auch in diesem Kampfe ist es von vornherein klar, daß die Unterdrückten von heute die Sieger von morgen sein werden, daß der kalten Wintermacht der Unterdrückung und Ausbeutung der helle Morgen des Völkerrühlings folgen muß. Je fester und je tiefer sich diese Zuversicht bei den Massen einbürgert, desto näher rückt das Ziel.

Auf, Freunde laßt das Lied erklingen, Das Frühlingslied der neuen Zeit, Dört ihr die Stürme? Dört sie bringen Uns Kunde, daß entbrannt der Streit. Doch all ihr Brausen, all ihr Wehen Es festigt nicht des Winters Macht; Laßt toben sie! Die Sonne lacht! Der Völkerrühlung muß es ergehen!

Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich am Sonntag nachmittag bei einem Fußballspielle auf dem Herren-damm bei der Friedhofs-Allee. Im Verlaufe des Spieles erhielt einer der Teilnehmer einen wichtigen Stoß vor den Leib, wodurch der Betroffene eine innere Verletzung erlitt. Der Bedauerliche wurde nach dem Allgemeinen Krankenhaus geschafft, wo er sich einer Operation unterziehen mußte.

Gefundene Gegenstände. Im Monat Februar d. Js. sind beim Polizeiamt als gefunden eingeleistet (angemeldet) und nicht wieder abgeholt: Mehrere Portemonnaies mit und ohne Inhalt, sowie eine Remontoir-Damenuhr, ein goldenes Armband, zwei goldene Ringe, ein silberner Ring, eine silberne Uhrkette, zwei Broschen, eine Korallenkette, ein

Taschenrechner-Gehäuse, eine Brille, zwei Knäuel, eine Handtasche mit Inhalt, zwei Pompadours mit Inhalt, ein Knaben-Paletot, ein schwarzer Pelztragen, ein Kragenschoner, ein Paar Damenschuhe, ein Herren-Gummischuh, ein Beutel mit Handtuch, ein Kinderstulchen und eine Peitsche.

Handelsregister. Am 28. Februar 1912 ist eingetragen bei der Firma Georg Harber, Lübeck! Broktura ist erteilt: R. Harber, J. Wigger und F. Koch, sämtlich in Lübeck, dergestalt, daß sie zwei von ihnen zur Vertretung und Zeichnung der Firma befugt sind. Am 1. März 1912 ist eingetragen bei der Firma Soltenhaus, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Lübeck: Gesellschaft mit beschränkter Haftung des Geschäftsführers A. G. W. Torkuhl in Lübeck ist beendet. Der Kaufmann E. Segall in Lübeck ist zum Geschäftsführer bestellt.

pb. Zeugen gesucht. Am 17. Februar d. J. ist an der Ecke Kanalstraße und Güterdamm, zwischen 7 und 8 Uhr abends, ein 12 Jahre alter Realchüler von einer mit zwei schwarzen Pferden bespannten Droschke überfahren und nicht unerheblich verletzt worden. Personen, die sachdienliche Angaben zur Ermittlung des unbekanntem Droschkführers machen können, werden ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei zu melden.

pb. Wenn gehört das Fahrrad? Im Garten eines an der Fahrenburger Allee belegenen Restaurants ist am 29. v. Mts. ein Fahrrad stehen geblieben und bis heute nicht wieder abgeholt worden. Das Rad trägt die Marke „Walfire“. Es wird vermutet, daß das Fahrrad aus einem Diebstahl herrührt. Das Rad ist im Polizeibureau im Kanzlei-gebäude sicher gestellt, und kann dort zu jeder Zeit besichtigt werden.

Gesundeball der Bühnengenossenschaft. Man schreibt uns: Nachdem das Maskenfest des Singchors vom Stadttheater vollzogen ist, rüsten sich nunmehr die Solomitalieder, um zum Westen der humanitären Anstalten der Bühnengenossenschaft am 28. März einen „Gesundeball“ nebst vorhergehender Theateraufführung in den Gesamträumen des Stadttheaterbaues zu arrangieren. In lebenswüthiger Weise hat die Theaterbehörde genehmigt, daß Herr Direktor Fuchs ausnahmsweise in einer seiner wirkungsvollsten Rollen an diesem Abend auftritt. Näheres wird noch bekannt gegeben.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Mittwoch, abends 8 Uhr, gelangt bei kleinen Preisen das heitere Trauerspiel „Hans Sonnenstörkers Höllefahrt“, von Apel, mit der Musik von Friedr. Beermann, zum letzten Male zur Aufführung. — Am Donnerstag kommt Tchaikowskys mit so stürmischem Beifall ausgenommene Oper „Eugen Onegin“ zur Wiederholung. — Die beiden Gastspiele des Königl. Bayer. Kammerängers Heinrich Knote am Sonnabend als Siegfried und am Montag als Stolzing in „Meistersinger“, welche die Direktion unter großen Opfern ermöglicht hat, dürften sich zu einem ganz besonderen Ereignis dieser Saison gestalten, denn der gefeierte Münchener Heldentenor ist stets der Stern der Wagner-Festspiele im Münchener Prinzregenten-Theater.

Enten. Großfeuer. Die Bauernstelle des Besitzers Dietrich Meinsdorf ist niedergebrannt. Verbrannt sind außer der gesamten Ernte etwa 30 Kühe und 8 Pferde. Man vermutet Brandstiftung.

Hamburg. Diebstahl im Zollgebäude. In der Nacht zum Montag wurde ein schwerer Diebstahl in dem Postzollgebäude am Valentinskamp verübt. Gestohlen wurden 7 Tausendmarktscheine, 74 Hundertmarktscheine, 600 Mk. in Silber, ein Scheck von 680 Mk. auf die Deutsche Bank in Hamburg und ein Scheck von 962 Mk. auf die Haderslebener Bank. Über den Täter ist nichts bekannt.

Reminiscenzen. Die schwarzen Bocken sind von einem russischen Arbeiter hier eingeschleppt worden. Der Russe war auf dem Augustenhof an der Altonaer Chaussee beschäftigt. Mit ihm sind vier weitere Personen in die Isolierbaracke des städtischen Krankenhauses eingeliefert worden. Von der zuständigen Behörde sind die nötigen Vorsichtsmaßregeln getroffen worden.

Kiel. Folgen des englischen Bergarbeiterstreiks. Schneller als erwartet wurde, treten die Folgen des englischen Grubenarbeiterstreiks auch in Kiel zutage. Die Neue Dampfer-Compagnie und die Hafenrundfahrt haben sich genötigt gesehen, den Verkehr auf die Hälfte einzuschränken.

Glücksborn. Sozialdemokraten sind vogelfrei. Die Wahl des Stadtverordneten Wühling in Warmstedt zum Mitglied der Schuldeputation ist von der Regierung nicht bestätigt worden. Wühling ist Anhänger der sozialdemokratischen Partei.

Wismar. Mecklenburgische Rechtsgarantien. Die hiesige Stadtverordnetenversammlung hatte unseren Genossen Reinke in die Gewerbechulskommission

Bremen. Eine Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins, an der circa 3000 Personen teilnahmen, tagte Freitag abend im „Casino“. Genossin Luxemburg hielt ein Referat über „Unseren Wahlsieg und seine Lehren“. Dabei beschäufte sie sich in besonders ausführlicher Weise mit dem Stichwahlabkommen, das der Parteivorstand mit der Leitung der Fortschrittlichen Volkspartei getroffen hatte und worin für eine Anzahl solcher Wahlkreise, in denen wir gegen Freisinnige in der Stichwahl standen, eine „Dämpfung“ unserer Agitation anempfohlen war. Genossin Luxemburg verurteilte diese Abmachungen scharf und betonte die Notwendigkeit direkter Einflussnahme der Massen auf die politischen Kämpfe. Nach dem mit großem Beifall aufgenommenen Referat gelangte nachstehende Resolution zur Annahme: Die am 1. März tagende Mitgliederversammlung des bremischen Sozialdemokratischen Vereins bedauert aufs tiefste das Stichwahlabkommen, das der Parteivorstand mit der Fortschrittlichen Volkspartei abgeschlossen hat, da sowohl die Heimlichkeit wie der Inhalt des Abkommens der Natur einer sozialistischen Massenpartei, die nur durch energischen Kampf gegen die ganze bürgerliche Welt ihre Ziele fördern kann, schärfstens widerspricht. Sie erklärt jeden Versuch, mit den Fortschrittlichen und den Nationalliberalen eine gemeinsame Politik der Linken zu treiben, für utopisch und nur geeignet, Verwirrung in das Proletariat zu tragen und die Quellen seiner Kraft, sein Klassenbewußtsein und sein revolutionäres Selbstvertrauen, zu verschütten. So erachtet es als notwendig, den großen Machtwort, den unser Wahlsieg der deutschen Arbeiterklasse gebracht hat, in erster Linie zu einem neuen energischen Kampf für die Demokratisierung des Staatslebens auszunutzen, einem Kampf, der nicht im Parlament, sondern nur durch Massenaktionen der Arbeitermassen selbst zum erfolgreichen Ausgang gebracht werden kann; und sie betrachtet nach wie vor den Kampf um das preußische Wahlrecht als die nächste Aufgabe der sozialdemokratischen Partei.

Aus der Partei.

Sächsische Justiz. Im Liebertschen Wahlkreis hatte ein konservativer Rittergutsbesitzer und Hauptmann a. D. Hochheim dem sozialdemokratischen Kandidaten Genossen

Ryffel in öffentlicher Versammlung vorgeworfen, er sei wegen eines Diebstahls von der Realschule gelagt worden. Genosse Ryffel hat weder die Realschule besucht, noch je eine Strafe erlitten. In der gegen Hochheim angestrengten Beleidigungsklage Ryffel wurde der Beleidiger freigesprochen, weil das Schöffengericht Borna zu dem salomonischen Spruch kam: Hochheim habe einen andern Ryffel gemeint, es sei ihm eine Personenverwechslung unterlaufen und er könne deshalb auch den sozialdemokratischen Kandidaten Ryffel nicht beledigen haben.

Aus dem Gerichtssaal.

Eine leichtsinnige Tat hat dem Schlossermonteur Richard Schützer mehrere Wochen Gefängnis eingetragen. Sch. hat sich des Wahlvergehens schuldig gemacht. Er war Wahlhelfer für das sozialdemokratische Wahlbureau und hatte den Auftrag, einen Mechaniker zur Wahl heranzuziehen. Als er erfuhr, daß dieser in einem anderen Bezirk verzoogen sei, ging er ins Wahllokal und gab auf den Namen des Mechanikers einen Stimmzettel ab. Ein Schuhmann erkannte ihn. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu vier Wochen Gefängnis und fünf Tagen Haft. — Sch. hat zweifellos eine große Torheit begangen. Es bedarf wohl kaum der Versicherung, daß die Partei mit der Affäre nichts zu tun hat und sie auch nicht billigt.

Auch ein Seelforger. Das Schwurgericht in Dessau verurteilte den evangelischen Pfarrer Schulz-Krupp wegen Amtsunterschlagung, Urkundenfälschung und Betruges in 50 Fällen zu einem Jahr neun Monaten Gefängnis.

Standesamtliche Nachrichten

vom 25. Febr. bis 2. März 1912.

Geburten.

a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.
19. Februar. Ober-Postkassierer C. W. S. Behrens, 20. Maler G. R. B. Boldt, Maler P. F. S. G. A. Grews, 23. Kaufmann F. C. Radtke, 24. Lokomotivheizer J. F. J. Böttcher, 25. Fabrikant A. Grassitt, Kaufmann Ch. Hellberg, Schmied G. J. F. Jörn, Arbeiter J. H. A. Reimers, 26. Seemaschinist J. W. S. Deubler, Schlosser R. A. Ch. M. H. Millahn, Ober-Postkassierer H. J. C. Wieden, Arbeiter F. Wolfahrt, Tischler F. G. Freese, 27. Schlachter W. A. F. Schulz, 28. Arbeiter J. R. W. Meyer, Straßenbahnkassierer H. W. Bode.
1. März. Versicherungsbeamter H. F. A. Schweder.
b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.
20. Februar. Obst- und Gemüsehändler R. A. W. Bub, H. Labakplanner J. H. Ch. Meyer, Briefträger G. F. F. W. Krufe, 22. Kirchhofgärtner J. F. Berlin, 24. Lokomotivheizer J. F. S. Böttcher, Kriminalbeamter D. M. Raht, Bäcker G. M. F. Wendt, 25. Friseur Ch. F. W. Niedermann, 26. Buchbinder B. C. F. Vogel, Kaufmann W. R. Schütt, Kaufmann G. F. Ch. Meese, Arbeiter G. W. J. Matthies, Arbeiter W. F. F. Holz, 27. Schlachter H. F. S. Schmidt, Seemaschinist D. W. Stofel, 28. Tatler G. H. W. Engels.

Angeordnete Aufgebote.

26. Februar. Brothändler F. Johannesdotter in Nechwischdorf und A. E. Chr. M. Baack, Arbeiter G. J. F. Dunkelmann und E. A. D. Schudt in Goshagen, Gärtner R. S. J. Mittscher und H. M. Utesch, Schlachtermesser H. J. F. Mau und A. G. W. F. D. Erbe, Maurer W. F. H. J. Ventzin und M. Duadt, beide in Schmerin, 27. Schmiedegeselle H. J. H. Clasen und M. G. R. Stech in Sierkrade, Bautechniker R. D. Heinrich und F. G. Müller in Dresden, Privatmann A. B. Hübler in Nymwegen und S. E. S. G. Rittmann, Arbeiter H. J. B. Möller und die geschiedene R. M. M. Frank geb. Claffen, 28. Schneidermeister D. Chr. F. Konzack in Travemünde und F. J. R. Chr. Jürgen, Handlungsgehilfe W. F. J. G. Klümann und die geschiedene J. Behr geb. Luft, Prediger der christlichen Mission R. R. F. Jentsch und G. J. Nieschütz, beide in Bromberg, 29. Buchdruck-Maschinenmeister G. M. Köbel und R. E. Unruh in Landsberg a. d. Wartde, Handlungsgehilfe H. R. A. F. A. Klüßke und R. M. D. Brockmann, Heizer L. Luch und B. L. Böttcher, Eisenbahn-Assistent R. J. F. Reddigau in Meyenburg und D. Claassen.
1. März. Arbeiter A. Kiewewetter und die geschiedene S. M. Glomb geb. Golla, Kellner W. S. Strobach und D. M. L. Fischer, Eisenendreher H. S. R. Becker und A. S. Guttau, Tischler A. J. H. Mesnikow und A. F. W. Oppermann, 2. Straßenbahnkassierer E. F. Chr. Plehn und A. M. G. Dietz, Kaufmann E. D. Franz in Leipzig-Neudöblich und die Witwe S. Cornicelius geb. Rabe, Präparandenlehrer Chr. F. Peters in Rappeln a. d. Schlei und S. M. R. Wöckmann.

Eheschließungen.

29. Februar. Eisenbahnarbeiter D. W. H. Korns in Dorf Gleisdorf und R. Ch. Golsmann, Flussschiffer H. F. H. Behm und D. R. E. Westfeling, Bauunternehmer G. A. Kleinfeldt und Witwe K. M. L. Creutzfeldt geb. Udenburg, Bauunternehmer C. R. Kolz und A. D. F. Müller.
1. März. Maschinist H. W. Schröder und F. E. Th. Ehlers, 2. Stellmachermeister G. H. D. Cordes in Lelzen und M. S. D. Bach, Maler B. R. J. Spieker und J. A. F. Klinge.

Sterbefälle.

28. Februar. Arbeiter F. Chr. S. Schnoor, 72 Jahre, 24. Müller J. J. H. Moll, 61 J., Arbeiter W. S. Giesfeldt, 31 J., 25. Schlosser H. J. F. Schering, 79 J., Arbeiter J. F. H. Wehr, 61 J., E. A. M. Stuff, 10 J., M. D. S. geb. Raping, Witwe des Arbeiters J. F. M. G. Gnewe, 95 J., W. S. Bilow, 9 J., H. G. R. L. R. G. Schüniger, 2 Mt., 26. J. D. C. Haack, 14 J., Rutscher J. F. G. Bentzien, 65 J., F. D. M. geb. Mödding, Ehefrau des Rnechts J. H. G. Thielens, 50 J. (Wnau i. Lauenburg), 27. G. M. L. Maafs, 1 Mt., M. S. adoptierte Schmitz, Witwe des Schiffkapitäns Chr. P. Christiansen, 85 Jahre, Privatmann J. C. B. Pancke, 82 J., L. M. Ch. Döcker, 2 J., 28. A. M. S. geb. Boldt, Witwe des Doctormannes J. H. C. Hoefft, 71 J., R. Menschel, 1 Mt., A. D. C. G. geb. Gers, Ehefrau des Straßenbahnkassierers J. S. Fied, 61 J., G. F. W. A. Nahrstedt, 7 J., Kaufmann W. H. Schrenberg, 52 J., 29. W. F. H. Wilms, 10 Mt., M. Chr. geb. Müuffs, Ehefrau des Arbeiters A. H. W. Grimm, 65 J., E. M. S. geb. Gaffelmann, Witwe des Gutspächters J. F. Kelling, 85 J., Ein todtgeb. Knabe, W.: Peter Fr. J. G. Dierck, D. W. B. Berg, 1 J., Photograph J. W. A. von Pein, 23 J.
1. März. G. R. D. Soltow, 22 J., G. J. S. Rieder, 13 J., Invalidin G. J. Chr. Witt, 75 J., A. Chr. D. geb. Ehlers, Witwe des Arbeiters J. F. F. Freitag, 89 J., L. F. C. Bender, 10 J., Arbeiter J. G. M. Petersen, 60 J., Seemann Jakob Helm, 75 J., 2. Kaufmann G. F. Jahn, 61 J.

Verantwortlich für die Rubrik Artikel und Nachbargebiete und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Schmidt für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Steiling, Verleger: E. H. Schmarz, Druck: F. E. D. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Die edelsten Bestandteile



des Rindernierenfetts mit Milch und Sahne
verbuttert, bilden die Grundstoffe der
allgemein be-
liebten Margarine **Siegerin**
welche infolge ihrer vorzüglichen Eigenschaften der
Molkereibutter
am nächsten kommt. Ueberall erhältlich!
Alleinige Fabrikanten: **H. C. Mohr, G. m. b. H. Alfons-Bahrenfeld.**

der ausgewählten Kokosnüsse werden zur Her-
stellung der unübertroffenen und feinsten

vegetabilen Margarine **Palmato**
verwendet. Delikateste, vorzüglich haltbare und über-
all beliebteste
Pflanzenbutter.



Am 3. März starb der Putzer
E. PETERS.

Derselbe war 8 Jahre in meinem Geschäft
tätig und ist stets ein strebsamer und gewissen-
hafter Arbeiter gewesen. Ich werde ihm ein
ehrendes Andenken bewahren.
Lübecker Fenster- u. Parkett-Reinig.-Anst. W. Westfeling.

Die Sozialdemokratie u. die Wahlen zum deutschen Reichstag

ist jetzt erschienen und kann in unserer Buchhandlung
abgeholt werden.
Preis 1 Mark.

Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.

Neu erschienen ist Kürschners Deutscher Reichstag von 1912

mit Biographien und Porträts aller 397 Abgeordneten.

Preis 60 Pfg.

Zu beziehen durch die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46
und deren Kolporteure.

Achtung!

Deutscher Bauarbeiter-Verband Mitglieder-Versammlung

am Mittwoch, dem 6. März 1912

abends 8 1/2 Uhr

im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tagesordnung:

1. Die Tarifbewegung früher und jetzt.
Referent: Genosse J. Körner.
2. Die Arbeitszeitverschiebungen im äußeren Wegebereich.
3. Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen ist unbedingt notwendig.
Die Zweigvereinsleitung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Lübeck.

**Metallarbeiterinnen-
Versammlung**
am Mittwoch, 6. d. Mts.,
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.

Die Kolleginnen werden ersucht,
recht zahlreich zu erscheinen.
Die Vertrauensperson.

**Verband deutscher
Gastwirtsgehilfen.**
Ortsverwaltung Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
Dienstag, 6. März
abends 8 1/2 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.

- Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
 2. Bericht des Vorstandes (Arbeits-
Nachweis).
 3. Wahl eines 2. Vorsitzenden.
 4. Abrechnung v. Wintervergnügen.
 5. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Kalnbergs UNIVERSUM.

Heute: Auftreten von
Heinr. Kalnberg
„Zu hoch hinaus“
u. 22 Programmnummern

Beg. präz. 8 Uhr. Ende 12 Uhr.
Entree 20 Pfg.

Hansa-Theater

Dir.: Reinh. Gollbach.
Tel. 610. Tel. 610.

Täglich:

**Gastspiel
Gollbach-Ensemble
Die rote Mühle**

Le Moulin rouge.

Aus dem Apachenleben v. Paris.
Mit glänzenden Ausstattung.
Vorverkauf bei Sager u. Nie-
meyer, Zigarren-Geschäfte.

Neues Stadttheater.

Mittwoch, den 6. März, 8 Uhr

Bei kleinen Preisen!
Zum letzten Male!
**Hans Sonnenstöbers
Höllenfahrt.**

Weiteres Traumpiel von Apel.
Musik von Fr. Beermann.

Donnerstag, 7. März, 7 1/2 Uhr

Eugen Onegin.

Große Oper von Tschaikowsky.
Vorläufige Anzeiger.
Zweimaliges Gastspiel des Kgl.
Bähr. Kammerängers

Heinrich Knot

von der Kgl. Hofoper in München.
Sonntag, 9. März, Erhöhe Pt

Siegfried.

Musikdrama von R. Wagner.
„Siegfried“ Heinrich Knot a. G.

Montag, 11. März, Erhöhe Pt.

Die Meistersinger v. Nürnberg.

Oper von R. Wagner.
Stolzling Heinrich Knot a. G.

Für bewiesene Aufmerksamkeiten
und Geschenke anlässlich unserer
silbernen Hochzeit sagen unsern herz-
lichsten Dank. **F. Dücker u. Frau.**

Logis für 2 jg. Leute
zu vermieten Dornelstraße 10.

Tüchtige Blätterin
sucht per sofort Stellung.
Dina u. S P 12 an die Exp.

Tüchtige Schneiderin
empfiehlt sich Altendornstr. 33, p.

Suche für meinen Sohn, der Ostern
die Schule verläßt und 2 Jahre auf
einer Stelle als Laufjunge tätig
war, eine Stelle als Hausdiener.
Off. u. E B an die Exp. d. Bl.

**Kegelaufsetzer
gesucht.**

H. Luckmann, S. d. Vohmühle 1.

Gutes Geschäft
billig zu verkaufen
Heinrichstraße 38.

Unterhaltene Holzbettstelle mit
Sprungfedermatratze billig zu ver-
kaufen Lüchowstraße 1a.

Wegen Fortzugs von hier zu ver-
kaufen gebt. Sofa, Sofatisch, Rohr-
stühle, Waschtisch und gr. Palme
Werderstraße 4, I.

Zu verkaufen ein Sit- u. Liege-
wagen mit Gummi. Preis 7 Mk.
Wittcherstraße 19.

Zu verkaufen eine große Leiter,
10,40 lang. Preis 16 Mk.
Lindenstraße 37.

Ein neues Sofa (Divan), Lehne
zum Klappen, zu verkaufen
Emilienstraße 17 a.

Zu verkaufen ein doppelter We-
trotelnschloßer
Agidienstraße 67.

Für Schuhmachern. Selbstbesohter.
Abfalleber zum Flicken, Fleck und
fl. Sohlen, Pfd. 60 Pfg. Verk. nur
nachmittags von 12 Uhr an.
M. Bornhövd, Glandorfsstr. 13.

Gefunden ein Regenschirm.
Gegen Infektionskosten abzuholen
D. Alwert, Weithofstraße 57, II.

**Töpfe werden gut be-
bunden**
Krähenstraße 30,
D. 9.

Empfehle meinen Haars-, Friseur-
und Haarschneide-Salon.
Auf. sämtl. Haarbeiten, auch von
ausgefärbten Haaren.
L. Schlichte, Geberdestr. 44.

Weine, Spirituosen u. Liköre
in jeder Preislage
empfiehlt

J. H. Stooß, Engelsgrube.

Abreisenden aufbewahrt u. nach-
geholt werden
Gegenstände aller Art, als: Mobli-
lien, Koffer etc. im Lagerhaus und
Expeditions-Geschäft Fischerar. 52.

Masken-Kostüme
für Herren u. Damen
in großer Auswahl
zu vermieten.

G. Will, Wahnstraße 34, I.

Beerdigungsinstitut Gehr. Müter

Fernsprecher 427. Mühlenstraße 13.

Uebernahme ganzer Beerdigungen.
Größtes Lager in Särgen, Grabstöcken, Metall-, Perl- u. Blattkränzen.
Einkleidungen jeder Art. * Billigste Preise.

„Bilder aus Lübecks Vergangenheit“

Zusammengestellt von

Theodor Schwartz.

Aus dem Inhalt des 639 Seiten umfassenden Werkes heben wir das Nachstehende hervor:

Das „wendische“ („Alt“) Lübeck an der Schwartau. — Das „welfische“ Lübeck. — Das
„kaiserliche“ Lübeck. — Das „reichsfreie“ Lübeck. — Das „hansische“ Lübeck. — Die
ersten bürgerlichen Unruhen in Lübeck. — Der grosse nordische Krieg. — Jürgen Wullen-
wever. — Lübecks letzter hansischer Krieg. — Die Reiser'schen Unruhen. — Der grosse
Bürger-Rezess von 1669. — Gotteslästerungs- und Hexenprozesse in Lübeck. — Die
lübeckischen Zünfte. — Die Gesellenverbände in Lübeck. — Lübeckische Sagen und Volks-
poesien. — Das kaiserlich-französische Lübeck. — Nach der Restauration. — Ueber die
Zustände der inneren Stadt im vierzehnten, sechszehnten und achtzehnten Jahrhundert
nebst einer Schilderung des Stadtbildes am Ende des achtzehnten Jahrhunderts.

Friedr. Meyer & Co.

Johannisstr. 46. Buchdruckerei und Verlag des „Lübecker Volksbote“. Johannisstr. 46.

Geschäftsordnung.

Wenn die Geschäftsordnungskommission des Reichstags, die am Freitag zu einer ersten Sitzung zusammentrat, hält, was sie nach ihrem Auftreten verspricht, dann wird binnen kürzester Zeit in der Art der Geschäftsführung der deutschen Volksvertretung ein tiefgreifender Wandel eintreten, der vielleicht auch nicht ohne bedeutende politische Folgen bleiben wird.

Geplant ist eine durchgängige Reform der parlamentarischen Hausgesetze, aber bevor die vorgenommen wird, sollen so rasch wie möglich die zwei wichtigsten Punkte erledigt werden: die Einführung einer Antragszeit und die Beschlußfassung über Interpellationen. Die erste der geplanten Neuerungen ist der englischen „question time“ nachgebildet. Zu Beginn der Sitzungen soll den Abgeordneten die Möglichkeit geboten sein, sich mit kurzen Anfragen an die Regierung zu wenden. Eine eigentliche Debatte findet nicht statt, Frage und Antwort spielt sich in der kurzen Form von Rede und Gegenrede ab. Dadurch wird es möglich, erstens einmal die Regierung in dringenden Fällen zu einer sofortigen Erklärung zu veranlassen, dann aber auch Fragen, die sonst auf dem ausführlich-umständlichen Weg der Interpellation behandelt werden müßten, in abgekürztem Verfahren zu erledigen.

Führt die kurze Anfrage nicht zum Ziel, dann bleibt dem Abgeordneten noch der Weg der Interpellation offen. Hier wird die entscheidende Neuerung geplant, zum Abschluß der Debatte eine Abstimmung über die etwa zum Gegenstande beantragten Resolutionen eintreten zu lassen. Der Reichstag wird dann also, im Gegensatz zu dem jetzigen Zustand, der ihm eine Beschlußfassung bei Interpellationen nicht gestattet, stets in der Lage sein, seine Meinung darüber auszusprechen, ob ihn die Antwort der Regierung befriedigt oder nicht.

Beiden Neuerungen wohnt die Tendenz inne, den Einfluß des Parlaments zu stärken, und man begreift daher, daß die äußerste Rechte das Ihre tut, um das Zustandekommen positiver Ergebnisse zu hintertreiben. Diesem obstruktionsähnlichen Zweck diene der konservative Antrag, die Beratung der Reform gemächlich beim § 1 der Geschäftsordnung zu beginnen und erst nach Erledigung des Ganzen mit der Kommissionsarbeit vor das Plenum zu treten. Die Kommission wählte den praktischeren Weg, zunächst das Wichtigste herauszugreifen und lehnte den konservativen Obstruktionsantrag ab, ebenso einen anderen, der die Zuziehung eines Regierungsvertreters zu den Kommissionsberatungen forderte. Die Kommission stellte sich auf den selbstverständlichen Standpunkt, daß die Regelung der Geschäftsordnung eine innere Angelegenheit des Reichstages ist, die keinen Regierungsvertreter etwas angeht.

In Regierungskreisen mag man allerdings der weiteren Entwicklung dieser Angelegenheit mit peinlich gespanntem Interesse entgegensehen, denn auch für die Regierung wird die geplante neue Ordnung der Dinge ihre Konsequenzen haben. Zunächst wird es für die Herren Regierungsvertreter nicht mehr möglich sein, sich nach der Art oder Unart, die bisher üblich war, sich im Reichstage klar zu machen, sie werden sich schon herbeimühen müssen, um die an sie gestellten Fragen beantworten zu können. Des weiteren wird der Reichskanzler damit rechnen müssen, daß in Zukunft bei der Beratung von Interpellationen Beschlüsse gefaßt werden können,

die ihm wenig gefallen. Theoretisch ist sogar der Fall möglich — der bei der zahmen Gesinnung der bürgerlichen Parteien allerdings praktisch nicht gut denkbar ist —, daß der Reichstag bei solcher Gelegenheit an den Reichskanzler die höfliche Aufforderung richtet, so rasch wie möglich zu verschwinden. Was dann? Aber zwischen diesem äußersten Fall und einer förmlichen Vertrauensresolution, wie sie bei solchen Anlässen in parlamentarisch regierten Ländern üblich ist, so lange die Regierung eine Mehrheit hinter sich hat, gibt es noch allerlei bedenklüche Zwischenstufen und Übergänge. Unangenehm kann es dem Reichskanzler jedenfalls sein, wenn sich der Reichstag in einer wichtigen Frage öffentlich und offiziell in entgegengelegtem Sinne erklärt wie er selber. Zwar ist der Reichskanzler nach dem Wortlaut der Verfassung vom Willen des Parlaments nicht abhängig, doch kann seine Stellung nach innen und außen nicht verbessert werden, wenn die Welt erfährt, daß er das Vertrauen der Volksvertretung nicht genießt.

Auf der anderen Seite wird vom Reichstag zu verlangen sein, daß er sich nicht damit begnügt, seine Meinungen auszusprechen, sondern daß er hinter seine Worte einen festen Willen setzt. Der Reichstag hat es stets in der Hand, die Regierung zu größerer Rücksichtnahme auf seine Wünsche zu erziehen, indem er von seinem Bewilligungsrecht den entsprechenden Gebrauch macht. Eine gut gehandhabte Geschäftsordnung und der feste Vorsatz, in ihrem Geiste zu wirken, kann jedenfalls zur Stärkung des Parlaments mehr beitragen als ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz, das am Ende doch vielleicht ein Stück Papier bleibt.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“

Berlin, den 4. März 1912.

19. Sitzung, Nachmittag 2 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dr. Delbrück.

Etat des Reichsanwalts des Innern.

5. Tag der Generaldebatte.

Wetterle (G.) geht zunächst auf die jüngsten Vorgänge im Elsaß-Lothringischen Landtag ein und führt aus, daß die Streichung des Dispositionsfonds und kaiserlichen Gnadenfonds durchaus gerechtfertigt gewesen sei. Das jetzige Provisorium in der Frage des Staatsoberhauptes müßte zu Schwierigkeiten führen.

Präsident Kämpf mahnt den Redner sich an den Etat zu halten.

Wetterle: Von einem Teil unserer Beamten ist die Sozialdemokratie in unzulässiger Weise befördert worden. Daß der Bezirkspräsident von Buttamer beim Kaiser-Essen in Kolmar sagte, er habe mit voller Überzeugung einen Sozialdemokraten gewählt, würde ich noch hingehen lassen. An die Beamten ist aber wenige Tage vor der Stichwahl ein Zirkular ergangen, in dem höhere Beamte erklären, nach eingehenden Erkundigungen an maßgebenden Stellen stehe fest, daß die Beamten ruhigen Gewissens für die Sozialdemokratie stimmen könnten. (Hört! rechts.) Das ist ein unerlaubter Druck, eine unerlaubte Wahlbeeinflussung. (Sehr richtig! rechts.) Der Unterzeichner dieses Zirkulars ist vom Kaiser zum Mitglied der ersten Kammer ernannt worden. (Hört, hört! rechts.)

H. W. M. (Wirtsch. Verein.): In der Wohnungsfrage steht uns ein gewaltiges Kapitel an Arbeit bevor. Ich empfehle die Annahme unserer Resolution dazu. Wenn das Reich einwirken würde auf stärkere Vermehrungen der Wohnungen, dann würde es ein großes Werk tun. Eine zweite

Resolution unserer Fraktion fordert ein neues Arbeitsrecht. Wir, wie die Mehrheit des Hauses, sind ja erfreulicherweise nicht für eine Einschränkung des Koalitionsrechts. Eine dritte Resolution fordert weitergehenden Schutz der jugendlichen Arbeiter. Dann bitten wir auch um Annahme der Resolution, die die Antiminternepien unterbrücken soll. Dem Reichskanzler wird man es wünschen müssen, daß er sich im Kampfe gegen die Großbanken als ein harter Landgraf erweisen möge. Graf Wolodomytsch sprach von sozialistischer Weisheit. Solange Weisheit war der Kampf gegen den Kapitalismus. Da kann man allerdings dem Kanzler nur solonische Weisheit wünschen. (Heiterkeit.)

Ministerialdirektor Caspar (auf der Tribüne schwer verständlich) äußert sich über die Regelung der Arbeitszeit in den Kontoren. Die Regierung sei gewillt, da einzugreifen, wo sich Abstände herausstellen sollten.

Werner (N.) erkundet den Staatssekretär, dafür zu sorgen, daß die Güterschlächter sich nicht von der Wertzuwachssteuer drücken können, wie dies bisher vielfach geschehen sei. Angesichts der letzten Ereignisse in Posen müsse die Bevölkerung mehr als bisher vor der Pigeunerplage geschützt werden. Der Redner spricht sich weiter für eine Beschränkung der Wanderlager aus. Der § 100 q der Gewerbeordnung müsse beseitigt und den Zwangsbindungen das Recht zur Festsetzung von Mindestpreisen gegeben werden. Den Warenhäusern müsse mit einer scharfen Reichs-Warenhaussteuer entgegengetreten werden. Ein größerer Schutz der Arbeitswilligen sei unerlässlich. Eine weitere Einschränkung der Sonntagsverkaufszeit dürfe nicht vorgenommen werden. (Beifall rechts.)

Staatssekretär Dr. Delbrück: Ich habe den Eindruck, daß das Maß der Anfragen und Anregungen, die bei dem Titel meines Gehaltes geäußert werden, in diesem Jahre noch erheblich größer ist als sonst. Ich werde mich heute darauf beschränken, über allgemeine wirtschaftlich politische Fragen zu sprechen und behalte mir vor, auf die Wünsche des Mittelstandes in einer besonderen Rede morgen einzugehen. Die in ihren wesentlichen Punkten zutreffenden Ausführungen des Abgeordneten Mayer haben ergeben, daß die günstige Situation, die unsere wirtschaftliche Entwicklung im Laufe des Jahres 1911 bis zum vorigen Herbst gezeigt hat, nicht abgeklaut ist, sondern daß wir uns nach wie vor in einer langlamen, aber stetigen Aufwärtsbewegung auf fast allen Gebieten befinden. Der Abgeordnete Mayer hat anerkannt, daß unsere Wirtschaftspolitik eigentlich durchweg von Erfolg begleitet gewesen ist; ich möchte dabei aber zweierlei feststellen: unsere Wirtschaftspolitik hat zwei erhebliche Belastungsproben durchmachen müssen, das eine war die Dürre des vergangenen Sommers mit ihren Folgen, das andere die während mehrerer Monate scharf gespannte Lage der auswärtigen Politik. (Hört, hört!) Beide Belastungsproben hat zweifellos unser Wirtschaftsleben gut ertragen, und das ist zweifellos ein weiterer Beweis dafür, daß unser Wirtschaftsleben in der Hauptsache auf gelunden Grundlagen beruht. Wir dürfen uns dabei darüber aber nicht täuschen: der Abschluß des Jahres 1911 wird kein ganz normaler sein, denn die starke Einfuhr an Nahrungs- und Lebensmitteln, die als eine Folge der Dürre unabwendbar eintreten mußte, hat natürlich unsere Jahresbilanz abnormal beeinflusst und wird sie voraussichtlich noch weiter beeinflussen. Die Lage unseres Geldmarktes ultimo September und Dezember hat zweifellos gezeigt, daß unsere Bank- und Handelswelt in der Lage gewesen ist, über die Schwierigkeiten hinwegzukommen, die ihr die äußere Politik bereitet hat. Man wird anerkennen müssen, daß die Leistungen unserer Reichsbank von Erfolg begleitet gewesen sind. Auch diese Vorgänge haben erneut die Frage an uns herangetragen lassen, ob unsere Großbanken in Zeiten schwerer Krisituationen unter allen Umständen das Maß von sofort greifbaren Mitteln gewährleisten, was erforderlich ist, um außergewöhnlichen Krisituationen zu begegnen. Alle beruflichen Forderungen haben diese Frage mit äußerster Aufmerksamkeit und Sorgfalt verfolgt, und wir sind zu dem Ergeb-

Der Wilddieb.

Erzählung von Friedrich Gerstäcker.

I.

Das Wirtschaftshaus Zur Krone in Hollendeik, einem ziemlich großen Grenzort in Mitteldeutschland, war heute tüchtig besucht, und die Schenkstühle hatten kaum Hände genug, die aus der weiten Nachbarschaft zusammengeströmten ungemächlich zahlreicheren Kunden zu bedienen. Und doch war die Krone eigentlich nicht das beste Wirtschaftshaus im Dorf, denn der Rote Firsche schenkte eben so gutes Bier und hielt anerkannt eine weit bessere Küche als jene. Nirgends bekam man nämlich einen besser zubereiteten Wildbraten als im Roten Firsche, und die Frachtfuhrleute, die unterwegs außerordentlich gut verpflegt sein wollen, hatten denn auch den Firsche besonders protegiert, und der Wirt stand sich vorzüglich dabei.

Wenn aber die Frachtfuhrleute bei ihm einkehrten, mochten die Förster und Forstbeamten der Gegend desto weniger mit ihm zu tun haben. Kerdelmann, wie der Wirt hieß, stand nämlich in dem Verdacht, das viele Wild, das er verbrauchte, nicht immer aus der rechten Quelle zu beziehen, sondern — wenn er auch nicht selber wilderte, doch mit den Wilderern in der Nachbarschaft in gefährlicher Verbindung zu stehen. Es war aber außerordentlich schwer, ihn darin zu überführen, denn er kaufte auch ziemlich viel herrschaftliches Wild, und was er außerdem von über der Grenze herüber bezog, konnte ihm garnicht angerechnet werden. Ob er also mit Wilderern direkt verkehrte oder nicht, ließ sich nicht beweisen, wenn man ihn nicht eben einmal auf frischer Tat ertappte, und dazu war Kerdelmann zu geschick, hatte sich wenigstens bis jetzt, trotz allen Aufpassens, noch nicht die mindeste Blöße gegeben.

Daß das die Forstleute ärgerte, läßt sich denken, und während Kerdelmann fortwährend außerordentlich freundlich und höflich gegen sie blieb, haßten sie ihn nur desto offener, und manche von ihnen gaben sich nicht einmal die Mühe, ihren Groll zu verheimlichen.

So standen die Sachen, als der erste Sonntag im November eine große Zahl von Forstbeamten in Hollendeik versammelt hatte, um örtliche Forst- und Jagdinteressen zu besprechen, wie auch zugleich einen alten Streit über die Jagdgrenze mit dem Nachbarort beizulegen. Das Geschäftliche ward im Laufe des Nachmittags größtenteils erledigt, und was sonst noch zu tun übrig blieb auf den nächsten Tag verschoben. So saßen denn die grünrockigen Gäste jetzt um die Stammerungstisch pfeifend miteinander im Wirtschaftshaus,

alte Bekanntschaften erneuernd oder neue knüpfend, und das Bier, oder auch hier und da eine Flasche Wein, machte bald die Köpfe warm.

Die Forstleute hatten sich im Wirtschaftszimmer der Krone so nahe zusammen und dadurch auch von den übrigen so abgesondert wie möglich gesetzt. Jäger haben es nicht gern, daß die Bauern hören, was sie miteinander sprechen, und wenn es selbst gleichgültige Dinge wären. Es fällt doch hier und da einmal ein Wort das ein Laifer aufschnappt und sich zunutze machen könnte. Inzwischen konnten sich die Förster heute nicht so streng abgetrennt halten. Mehrere der Gutbesitzer waren herübergekommen, auch der Wirt hatte sich eingefunden, und das Gespräch drehte sich, nachdem erst die gewöhnlichen Jagdgeschichten erschöpft waren, bald um dies und jenes.

Am letzten Tisch, zwischen dem Fenster und einer kleinen schmalen Tür, die in ein Schenkzimmer daneben führte, unterhielt jedoch der Förster Müller von Hollendeik mit dem Forstwart Bauer, dem Förster Wenzel vom benachbarten Herklinger-Revier, so wie einigen Forstgehilfen ein vertrauliches Gespräch, das keine fremden Hörer duldet.

„Ihr müßt besser drüben aufpassen,“ sagte Müller. „Hol's der Teufel, es wird mehr Wild von dort heimlich hier herüber geschafft, als wir das ganze Jahr hindurch auf unserem Revier abschließen dürfen, und wir haben alle Hände voll zu tun, um die Schufte nur von unserem eigenen Wald entfernt zu halten.“

„Das ist leicht geredet,“ brummte Wenzel, aber gerade auf unserer Seite liegen die großen Dickungen, und darin soll der Geier einem Salunken von Wilderer nachspüren. Abirgents glaub' ich gar nicht, daß bei uns so viel geschossen wird, denn in den dichten Kieferbeständen kann man nicht pirschen. Ich bin jetzt überzeugt, das meiste, was gestohlen wird, holen die Kerle aus Guren offenen Bölgern.“

„Ja, warum denn nicht?“ spottete der Forstgehilfe Meier, der mit am Tische saß. „Von dem, was sie bei uns holen, sollen sie nicht fett werden, dafür sigen wir ihnen zu fest auf den Hacken. Sie da drüben aber sind zu wenig Leute, und ihren Kreisern traue ich gerade am allerwenigsten. Dem einen rotköpfigen Burschen sieht der Spitzbube aus den Augen heraus.“

„Wenn nur alle so ehrlich wären wie der,“ sagte der Forstgehilfe Scholz, „er war früher allerdings ein Wilderer, aber seit wir ihn angefaßt haben und er mit der Flinte herumlaufen darf, können wir uns fest auf ihn verlassen.“

„Er kriecht doch fortwährend an der Grenze herum“, murmelte Meier, „und ein paarmal habe ich ihn auch schon

schließen gehört, wo ich sicher wußte, daß er in der Nähe war.“

„Der wildert nicht,“ verteidigte den Verdächtigen auch der Förster Wenzel, „und daß er nicht gerade hübsch ist, dafür kann er nichts; das ist eine Gottesgabe.“

„Schöne Gottesgabe,“ brummte der Forstgehilfe, „der Salunken steht ihm auf dem Gesicht geschrieben, und für solch ein Himmelsgeheim möchte ich danken. So viel ist übrigens sicher, daß ihn hier auf unserer Seite jeder Bauer für einen Wilddieb ansieht.“

„Wapperlapapp,“ brummte der Förster, „auf das Geschwätz geb' ich nicht so viel, ich kenne meine Leute. Wenn die Schufte übrigens nur keine Fehler hätten, bei denen sie ihr Wild jeden Augenblick mit Leichtigkeit unterbringen könnten, so sollten sie ihr Handwerk wohl von selbst aufgeben. So aber, das ist überall bekannt, brauchen sie es ja nur nach Hollendeik zu schaffen, und die Ware ist gut und sicher aufgehoben. Den Fehlern solltet Ihr hier besser auf die Finger sehen, nachher wären die Wilderer auch leichter heraus zu bekommen, und Junsereiner brauchte sich drüben nicht immer austachen und an der Nase herumzuführen zu lassen.“

„Das ist leider Gottes wahr,“ sagte Müller mit einem derben, zwischen den Zähnen zerdrückten Fuch, „und ein Stück von meinem kleinen Finger wollt' ich hergeben, wenn wir dem Salunken, dem Kerdelmann hier, das Handwerk legen könnten. Die Kanaille ist aber mit allen Kunden gehegt und schlauer als der ärgste Fuchs, der je im Wald auf vier Läufen herumgetrocken. Einmal, denk' ich aber, verlag's ihm doch, und Gnade ihm Gott, denn er hat mehr auf der Kreide, als alle Wilderer zusammen.“

„Und schreißt er denn nicht selber etwa?“ fragte der Forstwart.

„Wild gewiß nicht,“ lachte Müller. „Er hat wohl eine Scheidenbüchse und ist mit auf allen unseren Scheidenbüchsen — aber auch immer bar Geld dabei. Er schießt erdärmlich unter fünfmal fehlt er zweimal die Scheibe. Mein, das Wildern in Herklinger ist er sich schon vergehen lassen, aber desto gefährlicher ist er in seiner Küche.“

„Wenn man ihm nun einmal ein Stück Wild durch jemand ins Haus schickte, auf den man sich verlassen kann,“ sagte der Forstwart leise.

„Nun, dann lauft er's,“ sagte Müller — „er braucht ja nicht zu wissen, wo es her ist.“

„Aber der Überbringer müßte ihm gestehen, daß er's gestohlen hat, und es ihm zu einem Spottpreis anbieten. Nimm er das, so haben wir ihn, und das andere kriegen die Ge-

nis gekommen, daß jedenfalls zurzeit auf diesem Gebiete ein gesetzgeberisches Eingreifen nicht notwendig ist. Zunächst ist es der Energie und Zähigkeit des Reichsbankpräsidenten gelungen, ohne Zwangsmaßnahmen den erforderlichen Einfluß in dieser Richtung auf die Banken auszuüben. Man wird also vorläufig der Entwicklung entgegensehen und abwarten können, was die Tätigkeit der Reichsbank auf diesem Gebiete in der nächsten Zeit weiter erreichen wird. Obwohl man vielleicht der Meinung sein kann, daß wir alles in allem in Deutschland noch etwas stark und hochgespannt arbeiten, wird man doch nicht in Abrede stellen können, daß das Gesamtbild unserer wirtschaftlichen Entwicklung ein glänzendes ist. Wenn das der Fall ist, so fehlt natürlich ein greifbarer Einfluß, einen Wechsel in unserer Wirtschaftspolitik, in unserer Zolltarif- und Handelspolitik, in unserer Politik des Schutzes der nationalen Arbeit eintreten zu lassen. Im großen und ganzen hat sich der Zolltarif bewährt. Er hat sich bewährt in seiner Systematik, in Bezug auf seine technische Unverwundbarkeit, und er hat sich bewährt insofern er zweifellos einen wirksamen Schutz unserer nationalen Arbeit geboten hat. Unter diesen Umständen würde man im Ernst nicht daran denken können, wesentliche Änderungen im Maße des Schutzes nach oben oder nach unten eintreten zu lassen. Im Gegenteil, wir werden bestrebt sein, den jetzigen Stand zu halten. Damit fällt natürlich jede Notwendigkeit, einen neuen Zolltarif aufzustellen, was man hier und da angenommen hat. Es kann sich auf diesem Gebiete nur handeln um eine Revision im einzelnen, technische Unebenheiten im Aufbau des Tarifs zu beseitigen, einzelne wirtschaftliche Unvollkommenheiten aufzuheben und zu prüfen, ob etwa die allgemeinen handelspolitischen Beziehungen die Erfahrungen, die wir beim Abschluß unserer letzten Handelsverträge gemacht haben, uns nötigen, unsere zollpolitischen Rüstungen in diesem oder jenem Punkte zu verbessern oder zu erweitern. Die Änderungen des Tarifes könnten zurückgeführt werden auf Veränderungen in den Produktionsverhältnissen in den einzelnen Ländern, sie könnten notwendig werden durch Veränderungen in der Technik, in dem Bedarf und in den Bezugsquellen von Rohprodukten, die wir aus anderen Staaten beziehen. Auch die veränderte Wirtschaftspolitik anderer Staaten kann uns nötigen, in diesem oder jenem Punkte einzelne Änderungen vorzunehmen. Im großen und ganzen handelt es sich darum, den Zolltarif auf der Gegenwart zu halten. Gerade wenn man an der bewährten Zoll- und Wirtschaftspolitik festhalten will, muß man sich davor hüten, daß das Instrument einer solchen Politik, der Zolltarif, unmodern wird. Andere Staaten haben geleglich festgelegt, daß ihr Tarif alle fünf Jahre revidiert werden muß. Bei uns muß der Zeitpunkt für eine derartige Modernisierung des Tarifes nach anderen Gesichtspunkten bestimmt werden. Es ergibt sich für uns naturgemäß, daß wir bestrebt sein müssen, die notwendigen Veränderungen und Verbesserungen an unserem Tarif vorzunehmen, bevor die neuen Handelsverträge kommen. Die Auffassung ist also vollständig berechtigt, daß unser Reichstag wichtige Beschlüsse auf dem Gebiete der Handelsverträge zu fassen hat. Diese Tatsache hat verschiedenen Parteien Anlaß gegeben, die Regierung zu fragen, was sie zur Vorbereitung der neuen Handelsverträge zu tun gedenke. Diese Maßnahmen waren nicht notwendig. Wir sind seit mehr als 3 Jahren unablässig mit den Vorbereitungen für den Abschluß der Handelsverträge, die im Jahre 1917 ablaufen, beschäftigt. Zunächst bleibt die Materie in Fluß, solange noch neue Handelsverträge abgeschlossen werden. Neben dem wirtschaftlichen Ausschuss benutzen wir das Mittel der Produktionsserhebungen, die seit über drei Jahren in vollem Gange sind und mindestens in dem bisherigen Umfang fortgesetzt werden sollen. Wir glauben, daß wir in der Lage sein werden, auf diesem Wege dasjenige Material zu schaffen, das erforderlich sein wird, um die zahlreichen Wünsche einzelner Interessentengruppen, wie die Handelskammer, des Zentralverbandes der Industriellen und vieler anderer Vereinigungen zu prüfen und eventl. zu ergänzen. Die Erfassung der Kleinbetriebe bei diesen Produktionsserhebungen gestaltet sich freilich erheblich schwieriger als die der Großbetriebe. Wir werden hierbei andere Wege einschlagen müssen und hoffen auf die Unterstützung der Interessentenverbände dabei. Es wurde angeregt, es möchte eine öffentliche allgemeine Enquete auf kontrastierender Grundlage über die Ergebnisse unserer bisherigen Wirtschaftspolitik angestellt werden, und mit dieser allgemeinen Enquete hofft man dann, die Verbände für die neuen Handelsverträge und für die weitere Orientierung unserer Wirtschaftspolitik zu

gewinnen. Ich halte diesen Weg nicht für gangbar (sehr richtig! rechts) aus einem guten unüberleglichen Grunde. Kein Geschäftsmann wird die letzten Geheimnisse seines Betriebes in öffentlicher Verhandlung allgemein bekannt geben. (Sehr richtig!) Wir sind genötigt, das Material, das wir im Wege der Produktionsserhebungen gewinnen, und das wir dem Wirtschaftsausschuss vorlegen, auf das sorgsamste zu sekretieren. Das Material geht bei mir im Amtskur von Hand zu Hand, es ist nur dem betreffenden Referenten zugänglich, und es wird zu einem erheblichen Teile vernichtet, sobald es seinem Zwecke gedient hat. Es kann nicht Diskussionsmaterial für öffentliche Versammlungen sein. (Sehr richtig! rechts.) — Weiter wurde angeregt, daß wir beim Abschluß der Handelsverträge Abmachungen sozialpolitischer Natur aufnehmen sollten, dergestalt, daß die vertragschließenden Teile die Arbeiter in sozialpolitischer Beziehung möglichst gleich behandeln. Welchen Erfolg diese Bemühungen künftig haben werden, kann ich nicht sagen. Wir haben den Weg bereits beim schwedischen Handelsvertrag beschritten, der Ansätze zu derartigen Vereinbarungen enthält. Wenn wir auch nach 80 Jahren feststellen können, daß unsere Wirtschaftspolitik eigentlich alle Zweige der Produktion gut entwickelt hat, so dürfen wir uns darüber nicht täuschen, daß die Verhältnisse bei uns und im Auslande heute anders liegen als vor 80 Jahren. Eines der wichtigsten Momente ist die Erstarkung unserer Industrie. Unsere Wirtschaftspolitik hat die Aufgabe, nicht mehr wie vor 80 Jahren den inneren Markt zu schützen, sondern den äußeren Markt zu bewahren, der Konkurrenz des Auslandes im Auslande zu begegnen. (Sehr richtig!) Zu einem Wechsel unserer Wirtschaftspolitik haben wir jedenfalls keinen Anlaß. Ein Herabsetzen unserer Tarife würde uns gar nichts nützen Staaten gegenüber, die ihre nationalen Hilfsquellen selbst entwickeln wollen; diese würden ihre Tarife nicht um einen Pfennig herabsetzen. Wir sehen ja, wie England infolge seines Freihandels genötigt ist, sich von anderen Ländern einfach alles gefallen zu lassen. Die veränderten Verhältnisse zwingen nur zu der Frage, ob die Technik unseres Zolltarifs auf der Höhe ist, ob er in den wirtschaftspolitischen Kämpfen als Rüstzeug allen Anforderungen entspricht. Es ist gefragt worden, ob es nicht besser sei, an Stelle der Meistbegünstigungsverträge Reziprozitätsverträge im Sinne der amerikanischen Handelspolitik treten zu lassen. Aber nur die Meistbegünstigungsverträge gewähren, soweit unsere handelspolitischen Beziehungen mit den europäischen Kulturländern in Frage kommen, die Sicherheit, daß wir mit gleichen Waffen im Ausland kämpfen. Die handelspolitischen Verhältnisse zwischen Deutschland und Amerika beruhen auf keinem Vertrag. Sie sind durch diplomatische Verhandlungen autonom geregelt, sind nicht langfristiger Natur und können rasch geändert werden. Amerika hat uns gegeben, was damals bei uns Meistbegünstigung hieß, einen sogenannten Minimaltarif, während wir Amerika unseren Vertragstarif gegeben haben. Inzwischen bahnte Amerika das Abkommen mit Kanada an; wäre es in Kraft getreten, so wäre nicht nur Deutschland, sondern eine ganze Reihe anderer europäischer Staaten Kanada gegenüber differenziert worden. Wir wollten abwarten, ob das Abkommen zustandekommen würde, das ist bekanntlich nicht geschehen. Die Vereinigten Staaten haben nun aber, ohne Rücksicht darauf, daß das Abkommen abgelehnt worden ist, einen Teil ihrer Tarifermäßigungen Kanada gegenüber in Kraft treten lassen. So sind wir Kanada gegenüber jetzt differenziert in Bezug auf Holzstoff, Wappe und Papier. Wir haben remonstriert und die Verhandlungen schweben noch. Die neuen Zugeständnisse, die wir durch Handelsvertrag Schweden und Japan gewährt haben, konnten wir Amerika vorenthalten. Das alles ist ein Schulbeispiel dafür, wie sich die handelspolitischen Verhältnisse zwischen zwei Ländern regeln, die keinen Handelsvertrag abschließen. Nun zu den Syndikaten, die sich besonders leicht in Ländern mit Schutzzoll entwickeln. (Hört, hört! links.) Ich muß zugeben, daß die Syndikate manche Gefahren politischer und wirtschaftlicher Natur mit sich bringen. Durch die Syndikate hat die Monopolfrage ein völlig anderes Gesicht bekommen. Früher wurden Staatsmonopole aus Gründen wirtschaftlicher und politischer Doktrin aufs äußerste vermieden. Wir haben aber in den Syndikaten wirtschaftliche Gebilde vor uns, die den Charakter eines Privatmonopols annehmen können. Ich persönlich halte Privatmonopole unter Umständen für gefährlicher als Staatsmonopole. Namentlich in einem konstitutionell regierten Lande wie Preußen, wo der Landtag kontrolliert. (Ja, na! links, Heiterkeit.) Ich halte es nicht für ausgeschlossen, daß wir allmählich gezwungen werden,

Privatmonopole in Staatsmonopole zu verwandeln. (Hört, hört! bei den Soz.) Aber ich habe den Eindruck, als wenn wir für diese Erkenntnis noch nicht reif sind. (Zuruf bei den Soz.: Sehr sinnreich! Heiterkeit.) Auch die Herren von der äußersten Linken werden die Wichtigkeit der Syndikate für die wirtschaftliche Entwicklung nicht verkennen. Die Isolierung der Betriebsmittel und des Angebots führt zur vollkommeneren Ausnutzung der Betriebsmittel, zur Stabilisierung der Preise und damit der Löhne. Das ist wichtig, namentlich für die Kohlenproduktion. Solange die Syndikate ihre Monopolstellung nicht missbrauchen, haben wir keinen Anlaß, gegen sie einzuschreiten. Abgesehen von uns auch die Macht dazu. Ein allgemeines Syndikatsgesetz halte ich für aussichtslos; nur auf dem Wege des Spezialgesetzes kann dort, wo es notwendig wird, erfolgreich eingeschritten werden. Allerdings verlohnt das Kaligeseh nicht zu weiteren Experimenten auf diesem Gebiete. Seine Wirkung entspricht den Hoffnungen nicht, die wir daran geknüpft haben. Ich will nicht erörtern, was daran die Schuld trifft. Wir haben es allerdings auch nicht so vorgelegt, wie es schließlich geworden ist. Öffentlich wird das Kaligeseh auf die anderen Syndikate so ein, daß sie alles tun, um eine ähnliche Reglementierung bei ihnen zu vermeiden. Das Kohlenyndikat und der Stahlwerkeverband sind eine Stütze unserer wirtschaftlichen Organisation, die wir nicht verfallen lassen dürfen. Ich halte es für richtig, daß der preussische Fiskus dem Kohlenyndikat beigetreten ist. Wenn darauf hingewiesen wird, daß mit dem Eintritt des Fiskus die Kohlenpreise gestiegen sind, so will ich nur feststellen, daß diese Steigerung der Konjunktur entspricht. So un bequem sie den Produzenten sein mag, so wünschenswert ist sie, weil nun die Löhne der Konjunktur angemessen gestaltet werden. (Bravo! im Zentr. u. rechts.) — (S. 4. S. 2.) Der Staatssekretär hat bedauert, daß in diesem Jahre mehr Anregungen und Wünsche als sonst aus dem Hause an ihn gerichtet worden sind. Er darf nicht vergessen, daß die Wahlen gerade erst hinter uns liegen, und daß dabei die bürgerlichen Parteien ihren Wählern viel Versprechungen gemacht haben. Die Wähler hatten ihnen das Bewußtsein geschärft, deshalb ihre vielen Resolutionen und Initiativanträge. Ich möchte den Staatssekretär bitten, den Wünschen des Volkes mehr nachzukommen. Der Staatssekretär hat weiter betont, daß Deutschland seine Aufmerksamkeit darauf lenken müsse, sich den Außenmarkt zu erhalten und neue Absatzgebiete zu erobern. Am erfolgreichsten könnte das geschehen, wenn wir mit unserer Wirtschaftspolitik einlenken wollten. (Sehr richtig! links.) Man spricht von den Erfolgen unserer altbewährten Wirtschaftspolitik. Wicken. Sie auf unsere sächsischen und schlesische Textilindustrie, sie kommt aus den Stöckungen gar nicht mehr heraus. Der Staatssekretär hat sich als Freund des Staatsmonopols bekannt. Aus unseren Reihen sind wiederholt Stimmen laut geworden, die die Verstaatlichung der Kalk- und Kohlenproduktion gefordert haben, weil diese wichtigen Produkte nicht der Privatausbeutung überlassen bleiben dürfen. Selbstverständlich verlangen wir Garantien für die Arbeiter. Die Bergarbeiter müssen Minimallohne erhalten, sonst kommt es auch bei uns zu Kämpfen wie in England. Das unbeschränkte Koalitionsrecht muß ihnen garantiert werden. Bei der staatlichen Eisenbahn sind sie rechtloser als bei manchen Scharfmachern. (Sehr richtig! bei den Soz.) Bevor ich eine Anzahl Wünsche der Bergarbeiter vortrage, möchte ich mich mit einigen Rednern aus dem Hause beschäftigen. Herr Werner hat das alte Stöckchen der Konzeptionierung des Flaschenbierhandels geritten. Damit soll dem Mittelstande geholfen werden. Dem einen gibt, dem anderen nimmt man aus demselben Mittelstande. Es ist gewiß besser, wenn die Arbeiter nicht gezwungen werden, ins Wirtshaus zu gehen, sondern zu Hause ihre Flasche Bier trinken. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Der Abgeordnete Soffinist hat Klagen über die Handhabung des Vereinsgesetzes in Oberhessen vorgebracht. Wir können sie bestätigen und hinzufügen, daß auch im Saaganer Revier versucht wird, die Gewerkschaften als politische Vereine zu behandeln. Ein besonders trauriger Fall hat sich während der Wahlbewegung in Striegau ereignet. Dort war am Tage vor der Stichwahl eine Wählerversammlung einberufen und durch Handzettel hierzu eingeladen. Der Polizeikommissar hörte sich die Reden eine Zeitlang an und sagte dann: Hier wird politisch gesprochen, ich löse die Versammlung auf. (Heiterkeit links.) Die Führer gingen zum Bürgermeister, der sich in einer nationalen Versammlung befand und beschwerten sich über den Polizeikommissar. Dann beriefen sie eine zweite Versammlung ein. Der Inspektor kam wieder hin und löste wieder auf. Der Regierungspräsident, an den man sich beschwerdefähig wandte, ließ die Auflösung nicht gut, aber er führte Gründe an, die wir nicht unüberprüfbar lassen dürfen. In seinem Schreiben sagte er, es sei nicht zutreffend, daß es sich um Versammlungen der Wahlberechtigten gehandelt habe, denn an der ersten auflösenden Versammlung habe eine so große Anzahl von Frauen, also nicht Wahlberechtigten teilgenommen, daß man nur von einer öffentlichen politischen Versammlung sprechen könne, auf die die erleichternden Bestimmungen des Gesetzes für Wählerversammlungen keine Anwendung finden könnten. Gegen eine solche Auslegung des Gesetzes müssen wir protestieren. (Sehr richtig! links.) Bei der Beratung des Vereinsgesetzes ist ausdrücklich gesagt worden, daß eine solche Auslegung und rigorose Handhabung des Gesetzes nicht gutgehen werden könne. Verschiedene Redner haben wieder das alte Lied von dem Terrorismus der sozialdemokratischen Organisationen angestimmt und den Schrei nach dem Schutze der Arbeitswilligen erschallen lassen. Außerhalb dieses Hauses ist das auch von den Nationalliberalen im sächsischen Landtag geschehen. Graf Carmer erklärte hier am Sonnabend: er hätte eine ganze Anzahl solcher Terrorismusfälle mitgeteilt bekommen, die Absender der Zuschriften hätten ihn aber bringen gebeten, ja ihren Namen nicht zu nennen. Ich habe mir damals den Zwischenruf erlaubt, das wären Feiglinge. Da wurde geantwortet: Nein, sie fürchten sich, weil sie sonst noch mehr terrorisiert werden. Arbeitgeber, Gendarmen und Schulleute sollen zu feige sein, ihren Namen zu nennen, aus Furcht vor den Arbeitern, sind Sie denn wirklich so leichtgläubig? (Zuruf rechts: Aber die Arbeiter!) Die Arbeiter, die solche Zuschriften senden, das sind Leute von echt gelber Gesinnung, die sich Niedrig machen und sich einen Posten erschleichen wollen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die wollen durch solche Mägdchen und solche Unwahrheiten sich einen guten Namen machen und verschweigen ihren Namen, weil sie ihre Angaben nicht verantworten können vor dem Richter oder vor der Öffentlichkeit. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wenn Sie mit Terrorismusfällen kommen, so kann ich Ihnen nur sagen, in keinem Betriebe sind die Terrorismusfälle der Arbeitgeber so häufig wie im Bergwerk. Auch der Abgeordnete Soffinist hat Ihnen ja aus Ober-Schlesien solche Fälle vorgebracht. Bei unserer Bergarbeiterbewegung spielt auch die Forderung eine Rolle: Aufhebung der Sperrren. Heute noch werden von den Unternehmern die Sperrren aufrecht erhalten, die dazu führen, daß ein Bergarbeiter, der auf einer Grube aufhört, weil ihm vielleicht Lohnabzüge gemacht worden sind, auf keiner der benachbarten Gruben Arbeit erhält, weil er durch nachbarliche Abmachungen der Unternehmer gesperrt ist. (Hört, hört! b. d. Soz.) Die schwarzen Hühner sind im Bergbau noch nicht verschunden. Da haben sie den Terrorismus der Arbeitgeber. (Sehr

richte aus ihm heraus. Wenn man nur erst einmal einen Daten hat, an dem man ihn fassen kann.“
„Donnerwetter“, flüsterte Meier, „das ginge am Ende. Wir haben Ordre, ein paar Stück Wild abzuschließen, und als ich heute morgen hier herunterkam, traf ich am Kottensstein-Ga ein Kubel an, aus dem ich ein festes Tier“ herausklopfte. Da das kleine Hirschhaus nicht weit von dort war, schaffte ich's da hinein. Das Wild hätten wir also, aber wo finden wir einen Kerl, auf den man sich verlassen kann und den der Hirschwirt nicht schon kennt.“
„Ich möchte einen“, sagte Scholz, der Fortschgehilfe vom Herzinger Revier — ebenso leise. „Der Herr Förster hat unsern Kreier auf heut' abend herüberbestellt, weil er einen Brief erwartet, der gleich beantwortet werden soll. Wenn wir den an Kerdelmann schicken?“
„Den roten Schöffel etwa?“ fuhr Meier auf.
„Ja wohl“, sagte Scholz, „und daß Schöffel ehrlich ist, darauf wollt' ich meinen eignen Hals zum Pfand setzen. Außerdem hat er mit dem Kerdelmann früher einmal einen Streich gehabt, und ich weiß, daß er ihm blutig gram ist. Kann er ihm einen Streich spielen helfen, so tut er's gewiß.“
„Bleibt mir mit Eurem Schöffel vom Leibe!“ brummte Müller. „Und zudem kennt ihn der Hirschwirt zu gut.“
„Eben darum“, beharrte Scholz auf seinem Vorschlag. „Da wird er sich über dessen Rückfall ins Wildern nicht wundern. Und Schöffel ist schlau genug, seine Rolle gut durchzuführen.“
„Kerdelmann ist ebenfalls schlau“, bemerkte Müller. „Riecht er erst Lunte, können wir uns heillos blamieren.“
Die Gelegenheit kommt uns aber so bald nicht so glücklich wieder“, unterstülzte Wenzel den Vorschlag. „Kerdelmann hat gerade jetzt viele Gäste zu erwarten und ist knapp an Wild. Er hat wenigstens bei mir anfragen lassen, ob's etwas für ihn gäbe.“
„Schöffel muß schon zur Hand sein“, drängte Scholz zur Entschcheidung — „soll ich ihn rufen? Und der Förster ist sich endlich mit den Worten zu seiner Partei, daß Förster und Fortschgehilfe doch ihren Mann kennen müßten, da sie ihren Kreier so nachdrücklich in Schutz nahmen. Schließlich ergab sich auch Müller.“

„Jede Person“, sagte er, „soll mir recht sein, die dem Kerdelmann die Larve der Ehrlichkeit vom Gesicht reißt, selbst der Schöffel, — und bringt er es dahin, daß der Hirschwirt verurteilt wird, so soll er von mir fünf Taler haben, und ich will's ihm vor allen Leuten abbiten, daß ich ihn für einen Wilderer gehalten habe.“
„So treffen wir denn unsere Anstalten“, mahnte Wenzel. „Aber hier darf sich Schöffel nicht blicken lassen — das muß an einem Ort mit ihm abgemacht werden, wohin kein Auge und Ohr reicht, das für Kerdelmann spionieren könnte.“
„Ich will alles besorgen, versicherte der Fortschgehilfe Meier. „Denn verdammt Hund in die Patsche zu bringen, dafür ließ ich die ganze Nacht durch, wenn nur der Kottkopf — hallo — was ist da los?“ unterbrach er sich plötzlich, als er Gretchen, die Wirtstochter, auftauchen sah, die hinter dem Stuhl des Försters Wenzel zu schaffen gehabt hatte.
Die Jäger sahen sich überrascht nach der vom Boden sich erhebenden Gestalt des Mädchens um. „Was gibt es Gretchen?“ rief sie Meier an.
„Was es gibt, Herr Fortschgehilfe? Ein Geldstück war entfallen und hierher gerollt. Da ist es schon wieder. Kein Bier hier nötig? Bitte, reichen Sie mir das Glas des Herrn Fortstrats herüber. Ich kann so weit nicht hinüberlangen.“
Meier gab ihr, mit eifriger Bemühung um ein galantes Auftreten, die leeren Gläser. Das Mädchen mit den hellen Augen und der flinken, elastischen Bewegung entfernte sich damit.
„Wenn die Dirne nur nichts von dem davongetragen hat, was wir hier mit einander gesprochen haben“, sagte der Wenzel. „Ich habe gar nichts von ihrem Herankommen bemerkt.“
„Und wenn sie uns wirklich gehört hätte“, sagte Meier, „so hat das keine Gefahr. Der Wirt hier und der Hirschwirt sind die argsten Feinde, und die Tochter würde sich überhaupt hüten, aus der Schule zu schwagen. Das ist ein prächtiges Mädchen und gar keine von den unbesonnenen Wäldertöchter.“
„Aha“, schmunzelte der Fortstrat, „also für das schöne Gretchen bürgt unser Meier. Nun, durchaus kein schlechter Geschmack. Aber — was wollten Sie denn jetzt besorgen?“
„Daß der Schöffel das Bild bekommt. Scholz geht mit, der Inspektion wegen. Ich möchte mit dem widerwärtigen Kerl nichts zu tun haben und glaube nicht, daß er mir recht gebercht.“

(Fortsetzung folgt.)

„Unter Tier“ oder „Mittler“ wird stets die Hirsch-
schänke verstanden, die im November fest und jagdbar ist.

richtig! b. d. Soz.) Wenn Graf Carmer und die Konser-
vative Partei über Terrorismus klagen, dann sollten sie auch
gerecht sein und die „Deutsche Tageszeitung“ anklagen. Die
hatte nämlich Ende Februar im Inseratenteil einen Aufruf
aufgenommen, in dem es heißt: „Die Unterzeichneten beab-
sichtigen, einen Verband zu gründen zu dem Zwecke, nur von
Unternehmern Arbeiten ausführen zu lassen, die sich ver-
pflichten, keine sozialdemokratisch organisierten Maurer,
Zimmerleute und Handlanger auf ihren Bauten zu be-
schäftigen.“ (Hört, hört! links.) Der Aufruf ist unterzeichnet
vom Landschaftsrat von Herzberg, Lottin und vielen
anderen. Das ist doch der organisierte Terrorismus gegen
organisierte Arbeiter. (Sehr richtig! links.) Wer so im
Glaschause sitzt, soll sich nicht mit Steinen werfen.
Auch die kleineren Beamten im Bergbau klagen über den
Terrorismus der Unternehmer. Der Steigerverband wird
von den Arbeitgebern mit aller Macht zu erdrücken gesucht.
Von den Stimmeswertern erblieben mehrere dort beschäftigte
Steiger einen Brief des Inhaltes, sie wären trotz dieses Ver-
bots der Firma Mitglieder des Steigerverbandes geblieben,
und es werde ihnen deshalb die Prämie für drei Monate
entzogen, und die Weihnachtsgarantifikation um die Hälfte
verlürzt. (Hört, hört! links.) Die Leute werden bedroht
und zum Austritt aus ihrer Organisation gezwungen. Frei-
herr vom Camp hat die Schwarmmachung der Arbeiter
empfohlen, um sie von dem Terrorismus der Sozialdemokra-
ten zu mahnen. Wie es auf diesen Arbeiterkolonien aussieht,
das zeigt das Beispiel der Königsgrube, wo die Koloniewer-
ter von Stufe zu Stufe gegangen sind und den Organi-
sieren das Verbandsbuch abgenommen haben. Wer es nicht
freiwillig abgab, der wurde dazu gezwungen. (Hört, hört!
b. d. Soz.) Auf die Bewohner solcher Arbeiterkolonien wird
auch ein Druck dahin ausgeübt, daß sie Kostgänger halten
müssen. In den Mietkontrakten verschiedener Zechen steht,
daß der Mieter gezwungen wird, mindestens 2 oder 3 Kost-
gänger zu halten. (Hört, hört, links.) Es werden sogar
Prämien dafür bewilligt, und die Mieter wird um so mehr
herabgesetzt, je mehr Kostgänger der Mieter aufnimmt. Wir
sollten uns im Reichstag aufraffen, um endlich das Koali-
tionsrecht freier und besser auszubauen und niemals daran
rütteln zu lassen. Ich möchte Ihnen dringend empfehlen,
unsere Resolutionen anzunehmen, die sich auf den Schutz der
Arbeiter in den chemischen Fabriken, in den Glas- und
Porzellanfabriken, in der Großisenindustrie, im Handels-,
Transport- und Baugewerbe beziehen. Die Resolution für
die Privatangehörigen und die Arbeiter in land- und forst-
wirtschaftlichen Betrieben wird von meinen Freunden noch
näher begründet werden. Von den Gastwirtsgehilfen ist ein
ganzes Bündel Wünsche gekommen. Aus dem Material geht
hervor, wie notwendig ein weiterer Schutz auch für die Gast-
wirtsgehilfen und namentlich für die noch garnicht geschlichteten
Küchenarbeiter ist. Nicht nur freigeorganisierte Gastwirts-
gehilfen verlangen diesen Schutz, sondern Sie finden auch
Petitionen von dem nationalen Gastwirtsgehilfenverband,
der über dieselben grauenhaften Zustände klagt. Der
Staatssekretär und Abgeordneter Müm haben über die
Bergarbeiterlöhne und die Arbeitsverhältnisse gesprochen.
Im preussischen Landtag ist heute von der gegenwärtigen
Bergarbeiterbewegung gesprochen worden und dabei hat der
preussische Minister v. Sydow ebenso wie der nationalliberale
Abg. Hirsch-Essen von den „Geiern“ gesprochen. Es wurde
dort gesagt, man werde sich energisch den aufgekochten Massen
gegenüberstellen. Es ist also nicht in Aussicht genommen,
den berechtigten Wünschen der Arbeiter entgegenzukommen.
Das möchte ich dem Staatssekretär sagen: wenn Sie verhin-
dern wollen, daß in den Bergwerksbetrieben große Störun-
gen vorkommen, dann müssen die Arbeitgeber und Regierun-
gen den berechtigten Wünschen der Arbeiter entgegenkommen.
Nur so kann auf die Dauer der Friede erhalten werden.
(Sehr richtig! b. d. Soz.) Der Abg. Mayer hat von der
Steigerung der Bergarbeiterlöhne gesprochen, aber er macht
das alte Kunststück, die jetzigen Löhne immer mit denen von
1888 zu vergleichen. Das war nämlich das Jahr, wo die
Löhne den tiefsten Stand erreicht hatten und in manchen
Gruben fast nur die Hälfte betragen, von den Löhnen, die
schon 1878 gezahlt wurden. Tatsächlich sind die
Löhne der Bergarbeiter seit 1907 ganz erheblich ge-
sunken. Dagegen haben sich die Einnahmen der Gru-
ben kolossal erhöht. — Der Redner belegt dies durch reiches
statistisches Material. — Daß der christliche Gewerke-
verein der Bergarbeiter sich unserer Lohnbewegung nicht ange-
schlossen hat, wird er vor sich selbst zu verantworten haben,
vor den Arbeitern kann er es nicht verantworten. (Sehr
richtig! bei den Soz.) Wer behauptet, daß es sich bei der
jetzigen Lohnbewegung um einen Sympathie- oder Solidari-
tätsstreik für die englischen Bergarbeiter handelt, der be-
hauptet die Unwahrheit. Unsere Lohnbewegung war schon
1910 eingeleitet, und sie wurde nur aus verschiedenen Grün-
den bis jetzt vertagt. Man hat ja sogar solche Mägen
verbreitet, daß die deutschen Bergarbeiter den englischen
Bergarbeitern am 2. März eine halbe Million zugesandt
hätten. Die englischen Arbeiter haben allein über 43 Mil-
lionen Mark. Sie haben am 1. März den Streik be-
gonnen und am 2. März sollen wir ihnen schon eine halbe
Million hingeschickt haben. Wer solches Blech glauben kann,
ich weiß nicht, wie es mit dem in Oberflüchten beschaffen
ist. (Sehr gut! links.) Es ist eine Unwahrheit, daß die
englischen Bergarbeiter unsere finanzielle Hilfe beanprucht
oder bekommen hätten. Wir führen den Kampf im Interesse
unserer deutschen Kameraden. Vom christlichen Gewerke-
verein wird behauptet, daß Lohnerhöhungen von den Ar-
beitgebern versprochen worden sind. Tatsächlich handelt es
sich um Lohnzulagen von 10, 20 und 30 Pfg. für
die ganze Schicht, die teilweise erst am 1. April
eintreten sollen. Auf vielen Gruben sind sogar Lohnreduzier-
ungen vorgekommen. (Hört, hört!) Es ist auch nicht wahr,
daß der deutsche Kohlenbergbau unter der englischen Kon-
kurrenz zu leiden hat. Es läßt sich zahlenmäßig nachweisen,
daß die Einfuhr englischer Kohle nach Deutschland ganz
gewaltig zurückgegangen ist, während die Ausfuhr deutscher
Kohle ebenso stark zugenommen hat. Was die Maximal-
arbeitszeit in den Bergwerken betrifft, so muß sich Deutsch-
land anderen Ländern gegenüber schämen. In Österreich
und Belgien besteht die neunstündige, in Frankreich und Eng-
land die achtkündige gesetzliche Maximalarbeitszeit in Berg-
werken. Das überschreiten ist in Österreich, Belgien und
England teils gesetzlich eingeschränkt, teils völlig verboten.
In deutschen Bergwerken haben wir aber noch Arbeitszeiten
von 9, 10 und 12 Stunden. In Oberflüchten werden trotz
der 12stündigen Arbeitszeit die Leute noch gezwungen, eine
ganze Anzahl Überstunden zu machen. (Hört, hört!) da ist
es kein Wunder, daß die Krankheitsstatistik der Bergleute
verzeichnet, daß von 100 Bergleuten jährlich in einzelnen
Gebieten 141,7 krank sind. (Hört, hört! links.) Das sind
erschreckende Zahlen und doch wagt es keine Regierung,
keine preussische Regierung, den Bergherren in den Arm zu fallen
und zu sagen: so gehts nicht weiter! Wir müssen einen Maximal-
arbeitszeitgesetz oder eine Beschränkung der überschichten gesetzlich
durchführen. Nur wenn die Bergarbeiter den Bergherren
eln: Bis hierher und nicht weiter! zurufen, wird es anders
werden. (Sehr, Weisfall links.) Wenn man durch die über-
lange Arbeitszeit die Bergleute zwingt, ihre Gesundheit zu
ruinieren, so ist das beschämend für Deutschland, beschämend
für die Regierung, die es nicht wagt, solchen Ausbeutern
den Rücken zu kehren.

Einem christlichen Arbeiterführer in Bewegung zu setzen.
(Lebh. Weisfall bei den Soz.) Der Gesundheitsrat tut nichts
und man hört nichts von ihm! (Sehr wahr! bei den Soz.)
Im Reichsberggesetz muß auch auf freigestellte Sicherheits-
männer Bedacht genommen werden, damit sie ungehindert
durch Schlämierungen ihre unsfallverhältnisse Tätigkeits aus-
üben können. Meinem Parteigenossen Weis sind aus seinem
Wahlkreis (Galau, Sudau) Klagen über die Erziehung
deutscher Brauntohlengräber durch Galizier und andere
Ausländer zugegangen. Diese Leute leben wie das
Vieh. Schließen sie sich der Organisation an, so
werden sie als lästige Ausländer einfach polizei-
lich ausgewiesen! (Stürmisches Hört, hört! bei den
Soz.) Und dabei hat die Grube „Alle“, auf der solche Zu-
stände bestehen, in den letzten Jahren Dividenden von 20
bis 80 Proz. abgeworfen. Die Schürfmacher wollen mit den
Arbeitern gar nicht in Frieden leben; das haben sie bewie-
sen, als sie den mitteldeutschen Brauntohlenbergwerksbesitzern
im vorigen Jahre verboten, mit den Arbeitern Tarifverträge
abzuschließen. Das sollten sich die Behörden vor Augen
halten. Wir fordern reichsgesetzliche Regelung des Knapp-
schaftswesens, aber ohne das vom Zentrum verlangte Pro-
portionalwahlrecht, weil dies auch nach Ansicht der Christ-
lichen nur Zeichenmarken in die Vorklänge bringen und
dadurch die Arbeit lähmen würde. (Sehr wahr! b. den
Soz.) Die Lohnzahlung im Ruhrbergbau ist heute noch so
schlecht, daß die Arbeiter jetzt darum kämpfen müssen, daß
am 25. eine Abschlagszahlung und am 10. kommenden Mo-
nats die Restzahlung erfolgt. Dringend fordern die Arbeiter
eine Einschränkung des furchtbaren Strafsystems der Zechen
und Erhebung des Zwangsarbeitsnachweises durch paritätische
Arbeitsnachweise. Das Reichsberggesetz wird nicht ein-
gebracht, weil es die Schürfmacher nicht wollen. Nur wenn
im Sinne unserer Resolutionen vorgegangen wird, können
große Kämpfe im Bergbau vermieden werden. (Lebh. Weis-
fall b. d. Soz.)

Fr. l. (Z.) tritt für die bekannten Mittelstandsforderungen
ein und erklärt im Gegensatz zum Abg. Pauli, daß die Bür-
gerkunde in die Fortbildungsschule hineingehöre, die Religion
aber auch. Er wendet sich dann gegen den Hanlabund und
schließt damit, daß die Sozialdemokratie die Genossenschafts-
idee übertreibe, um die selbständigen Geistlichen zu vernich-
ten. Mit den Maßnahmen für den Mittelstand dürfe man
nicht warten, bis er nicht mehr da ist.
Dr. Mayer-Kaufbeuren (Z.) verwahrt sich gegen die
angebliche Unterstellung Sachs, daß er die Bergarbeiter-
löhne als hoch genug bezeichnet habe.
Sachs (Z.): Die Ausführungen Mayers bestätigen
mein Urteil über sie; ich habe nichts davon zurückzunehmen.
Dienstag 1 Uhr Fortsetzung.
Schluß 6 3/4 Uhr.

Zur Lohnbewegung der Bergarbeiter.

In der vorigen Woche ist von der Leitung des christ-
lichen Gewerkevereins der Bergarbeiter ein Flugblatt heraus-
gegeben — verbreitet haben es die Vertrauensleute nur zum
Teil —, das den Zweck hat, die Bergarbeiterbewegung her-
unterzulügen und die selbstsame Haltung der Gewerkevereins-
leitung zu verteidigen. Man merkt es dem Flugblatt an,
daß sich eine schlechte Sache nicht gut verteidigen läßt. Der
Verfasser, Herr Redakteur Imbusch vom „Bergknappen“
windet und dreht sich, aber seinen Argumenten fehlt jede
überzeugungskraft. Vor allem wollte er in seinem Flugblatt
beweisen, daß die Bergleute Deutschlands einen großen Fehler
begingen, wenn sie mit den englischen Bergleuten zugleich
eine Bewegung machten. Sehr schlecht ist es aber mit den
Beweisen bestellt. Widersprüche über Widersprüche finden
wir in dem Flugblatt. Da heißt es:
„Durch die Bewegung in England wird unbestreitbar
unsere Situation verbessert, d. h. wenn wir die Sache richtig
anpacken.“
Aber wie die christlichen Führer die Sache angepackt
wissen wollen, haben sie in Nr. 7 des „Bergknappen“ vom
17. Februar ds. Js. verraten. Dort heißt es:
„Wir Arbeiter im deutschen Bergbau haben mit unseren
Arbeitgebern gemeinsam ein Interesse an einem möglichst
großen Absatz und an ausreichend hohen Kohlenpreisen. Im
gemeinsamen Interesse der Arbeitgeber und Arbeiter im
deutschen Bergbau läge jetzt ein Streik im englischen Berg-
bau. Es wäre dann möglich für uns, neue Absatzgebiete zu
gewinnen und in Zukunft die bei uns geschaffenen Produ-
tionsmöglichkeiten besser als bisher auszunützen.“
Es ist hier mit dürren Worten gesagt: Wenn die eng-
lischen Kameraden streiken, müssen die deutschen Bergarbeiter
tätig draußlos schuften, überschichten machen usw., um
möglichst viele Kohlen nach England werfen zu können.
Da nun das Flugblatt, das die Bewegung und das
Bestreben der Bergarbeiter Deutschlands verächtlich machen
sollte, so schlecht geraten ist, schwangen sich die christlichen
Führer zu einem neuen Vorstoß auf. In einem zwei Seiten
langen Artikel im „Bergknappen“ vom 2. März versuchen
sie den Nachweis zu führen, daß die Bergarbeiter Englands
keine Solidarität verblenden. Statistiken werden verschoben,
um nur ja zu beweisen, daß die englischen Bergleute 1905
beim großen Streik der Ruhrbergarbeiter die Solidarität
gebrochen und Deutschland mit englischen Kohlen überschüttet
haben.
Diesem Gebaren gehen die vereinigten Bergarbeiter-
verbände in einem zwei Seiten großen Flugblatt tüchtig
zu Leibe. Hies auf Hies prasselt auf die christlichen Gewerke-
vereinsführer herab. Undarmherzig wird ihnen die
Maske vom Gesicht gerissen. Zunächst wird statistisch nach-
gewiesen, daß im Streikquartal 1905 die Kohlenzufuhr nach
Deutschland viel geringer war, als in demselben Quartal
des Vorjahres. Die englischen Bergarbeiter haben auch
während der damaligen Zeit weniger Schichten ver-
fahren. Nach der amtlichen „Labour Gazette“ ar-
beiteten die englischen Kohlenbergleute im
ersten Vierteljahr 1904 wöchentlich 5,19 Tage, im ersten
Vierteljahr 1905, in dem der Ruhrbergarbeiterstreik einsetzte,
aber nur 5,18 Tage. Es ist nun selbsterklärend, daß, als
die Arbeitsschichten eingeschränkt wurden, die Kohlenaufuhr
zurückgehen mußte. Auch haben die englischen Bergleute
ihre deutschen Kameraden während des Streiks finanziell
unterstützt. Während der nicht ganz vierwöchentlichen Streik-
dauer im Jahre 1905 haben die englischen Bergarbeiter-
organisationen 153 184 Mk. zur Unterstützung nach Deutsch-
land gesandt. Von diesem Geld sind auch die Mitglieder
des christlichen Gewerkevereins unterstützt worden. Gut ab
vor dieser brüderlichen Solidarität!
Schließlich werden die christlichen Arbeiterführer auch
noch von dem deutschen Kohlenyndikat beschämt. Aus
Kreisen des Kohlenyndikats ist der „Kölnischen Volksztg.“
auf das bestimmteste versichert worden, daß das Syndikat
nicht die Absicht hat, Kohlen nach England zu liefern! Eine
bessere Züchtigung konnte den christlichen Herren nicht wider-
fahren. Werden die Arbeiter denn nun einsehen, wohin die
Welle geht, wenn sie diesen Leuten folgen?
Vor allem versuchen die christlichen Gewerkevereinsführer
den Eindruck zu erwecken, als sollten die Bergarbeiter
Deutschlands in einen Sympathiestreik für die englischen

Bergleute einziehen. Demgegenüber wird in dem Flugblatt
auf eine von den englischen Bergarbeiterführern vorgeblau-
gene und in der Sitzung des internationalen Komitees der
Bergarbeiter am 22. Februar angenommene Resolution hin-
gewiesen, in der gesagt wird:
„Die englischen Bergarbeiter verlangen nicht, daß die
Bergarbeiter des Kontinents ihrem Wege in einen Sympa-
thiestreik eintreten. Sollten die Bergarbeiter des
Kontinents aber selbst Forderungen haben,
die sie jetzt durchsetzen wollen, so sei das zu
begrüßen.“
Damit ist die Behauptung der Unternehmer- und christ-
lichen Gewerkevereinspresse, es handle sich bei der Bewegung
der deutschen Bergarbeiter um eine Sympathiebewegung für
die Engländer, abgetan. Jedes Land soll für seine eigenen
Forderungen und Ziele streben. Das wollen die Bergarbei-
ter Deutschlands, mehr nicht.
Zum Schluß wird in dem Flugblatt der vereinigten Ver-
bände folgender Appell an die Bergleute losgelassen:
„Gebenfalls sind die drei die Lohnbewegung führenden
Organisationen der Ansicht, daß das Wohl und Wehe der
Bergarbeiter von den Raunen und Schrüllen einiger Per-
sonen, die die Leitung des christlichen Gewerkevereins bilden,
nicht abhängig sein kann und darf. Das es der persönlichen
Empfindlichkeit dieser Leute auch nicht zum Opfer gebracht
werden kann und darf. Sie sind daher entschlossen,
die Lohnbewegung weiter zu führen und
wenn es sein muß, auch mit den äußersten
Mitteln. Sie werden sich dabei durch das Geflässe der
Gewerkevereinsleiter, die neben ihrem Wagen herlaufen und
denselben aufzuhalten suchen, nicht beeinflussen lassen.“
Wir sind auch davon überzeugt, daß, wenn es die Not
der Zeit gebietet, und die „christlichen Führer“ die Bewegung
hemmen wollen, sie mit in den Strudel gezogen werden.
Bis zum 5. März sollen die Antworten von den einzelnen
Grubenverwaltungen auf die eingereichten Forderungen zu-
rück sein. Dann werden die Organisationen erneut und
schnellstens Stellung nehmen und frei und unabhängig, so
wie es das Interesse der Bergarbeiter erfordert, entscheiden.

Der Generalstreik der englischen Bergarbeiter.

Die Zahl der Streikenden beträgt jetzt schon über eine
Million. Hier und da kommen noch einige Nachzügler, die
nicht früh genug kündigten. Bis zur letzten Stunde glaubte
mancher noch an eine Vermeidung des Streiks. Noch glaubten
viele, daß der letzte Versuch des Premierministers am
Donnerstag noch eine Einigung der Parteien vor Ablauf
der Kündigungsfristen erzielen würde. Der Minister hielt
eine Ansprache an die Mitglieder der Generalkonferenz der
Bergarbeiterföderation, um sie zu bewegen, über die Höhe
des Minimallohnes zu verhandeln, er deutete darauf hin,
daß die Regierung bereit sei, den Minimallohn mit allen ge-
eigneten Mitteln, die ihr zur Verfügung stünden, Aner-
kennung zu verschaffen. Doch die Generalkonferenz der Berg-
arbeiter beschloß einstimmig:
„Die Angelegenheit des individuellen Minimallohnes soll
weiter dem Exekutivkomitee überwiesen werden, das weitere
Verhandlungen fortsetzen soll; es wird dem Exekutivkomitee
die volle Autorität erteilt, die Konferenz einzuberufen, so oft
es notwendig ersicht.“
Nach der Art, e dieser Resolution vertagte sich die
Generalkonferenz, die Delegierten führen nach Hause. An
eine schnelle Beendigung des Generalstreiks ist daher nicht
mehr zu denken.
Die Situation zu Ende der Woche ist durchaus nicht so
sehr verschieden von der Situation im Anfang der Woche,
wie einen die bürgerlichen Blätter Großbritanniens glauben
machen wollen. Die Bergarbeiter bestehen nach wie vor auf
dem individuellen Distriktsminimallohn, d. h. dem Lohn, der
heute schon für die Bergarbeiter im allgemeinen gilt, der
nur dem einzelnen Bergarbeiter heute nicht garantiert wird.
Die Wertbesitzer weigern sich nach wie vor, diesen Minimal-
lohn anzuerkennen. Zwar haben sich die Kohlenbesitzer Eng-
lands und Nordwales mit den Minimallohnanforderungen der
Regierung einverstanden erklärt, aber der Minimallohn, wie
ihn die Regierung in Vorschlag bringt, ist verschieden von
dem Minimallohn, wie er von den Bergarbeitern gefordert
wird. Die Stellung der Bergarbeiter ist kurz wie
folgt. Sie sagen: Wenn wir auf die Anerkennung
des Prinzips des individuellen Minimallohnes
bestehen, so meinen wir damit die Anerkennung des Prinzips,
daß der sogenannte allgemeine Distriktsminimallohn jedem
Bergarbeiter bezahlt wird, ob der Arbeiter die entsprechende
Kohlenmenge fördert oder nicht. Eine Riste der Minimal-
löhne wurde zu Anfang des Monats Februar von einer
Konferenz der Bergarbeiterföderation aufgestellt, sie ist der
Unternehmern und der Regierung unterbreitet worden.
Man erwartet jetzt allgemein, daß die Regierung ver-
suchen wird, den Minimallohn gesetzlich einzuführen. Der
gesetzliche Minimallohn müßte natürlich der von den Arbeit-
tern verlangte sein, sonst wäre die Maßnahme nutzlos. Wird
die Regierung den Mut und die nötige Unterstützung finden,
um dies durchzuführen? Das ist der springende Punkt.
Auch die Arbeiterpartei soll sich mit dem Gedanken tragen,
eine Minimalvorlage für den Bergbau einzubringen, in der die
von den Bergarbeitern geforderten Löhne festgelegt werden
würden. Herr Asquith erklärte im Parlament, daß es nutz-
los sei, die augenblicklichen Verhandlungen fortzuführen. Er
hoffe, Montag im Parlament eine weitere Erklärung ab-
geben zu können.
Die südwalisischen Unternehmer erklären laut und oft,
daß sie bis zum äußersten kämpfen werden, und die Arbeiter
sagen, daß sie es nicht eilig haben und auf den Sieg warten
können. Vom Anfang der Verhandlungen an war es klar,
daß sich die Bergarbeiter nicht auf das Asquithsche Angebot
eines „angemessenen Minimallohns“ einlassen würden. Sie
verlangten und verlangen für jeden Distrikt einen festen in-
dividuellen Minimallohn, der mit dem bestehenden allge-
meinen Distriktsminimallohn identisch ist. Am 2. Februar
setzte eine Konferenz der Bergarbeiterföderation diese Lohn-
endgültig fest. Die Forderung ist eine Mindestforderung,
die nicht weiter herabgesetzt werden kann, ohne die bestehen-
den Lohnverhältnisse zu verschlechtern. Einen guten Über-
blick über die Situation gab der Vizepräsident der Berg-
arbeiterföderation, Gen. Smille. Er sagte:
„Folgendes hat sich ereignet: Die Regierung ersuchte die
Vertreter der Bergarbeiter, die Lohnsätze zu rechtfertigen,
die als Minimallohne aufgestellt worden sind. Wir sind
gern bereit, dies zu tun, können aber darüber nicht mit
der Aussicht auf eine etwaige Reduzierung dieser
Lohnsätze verhandeln. Der Vorstand der Föderation
hat in Wirklichkeit nicht die Macht, einer
Reduzierung zuzustimmen. Die Regierung brühte die An-
sicht aus, daß wir mit den Kohlenbesitzern zusammenkommen
sollten, um unsere Lohnsätze zu rechtfertigen. Wir ant-
worteten, daß wir mit den Kohlenbesitzern nicht konferieren
können, es sei denn, daß diese zuerst ihre Bereitwilligkeit,
diese Lohnsätze anzuerkennen, kundgeben.“
Die Bergarbeiter sind heute sicherer denn je, daß ihr
Kampf erfolgreich sein wird und daß sie die in unserer Mit-
genährtesten Kohlenbeständen gewonnen werden. Sie sind höchst en-

... und sind der Ansicht, daß ihre Forderungen so be-
stehen müßten, daß von einem Festhalten ihrer Bewegung
nicht die Rede sein kann.

Der Zentralrat appelliert an uns, als vernünftige
Männer zuzustimmen, daß eine angemessene Diskussion über
die einzelnen Lohnsätze stattfinden. Wir erwidern, daß wir
vernünftige Männer sind und daß wir bereit sind,
über die Forderungen der Vernünftigkeit unserer Forde-
rungen zu bemerken. Wir sind der Ansicht, daß
ein gewisser Mindestlohn notwendig ist, um den
Bergarbeiter und seine Familie anständig zu ernähren, und
daß der Bergarbeiter, wenn er Arbeit verrichtet, zu einem
besseren Lohn berechtigt ist. Das ist der
Prinzipal eines angemessenen Minimallohnes.

Wir haben die Ziffern schon nach sorgfältiger Erwä-
gung auf den kleinsten Punkt herabgesetzt und wir sind nicht
bereit, Verhandlungen zu eröffnen, um es schließlich einem
Beamten der Regierung zu überlassen, zu entscheiden, was
ein angemessener Minimallohn ist oder nicht.

Die Vorstandsmitglieder, die nach Hause gereist sind,
lehnen nicht nach ihren Distrikten zurück, um sich neue In-
struktionen zu holen. Die Konferenz hat alle nötigen In-
struktionen gegeben und man hat keinen Grund vorgebracht,
weshalb diese Instruktionen in irgend einer Weise modifiziert
werden sollten.

Das Publikum mag fragen, wie es kommt, daß der
Minimallohn für einige Distrikte viel niedriger ist als für
andere. Der Grund ist, daß wegen der Beschaffenheit der
Gruben in gewissen Revieren die Bergwerke schlechter müßten,
wenn ein höherer Minimallohn festgesetzt worden wäre. Na-
türlich hegen wir nicht den Wunsch, ein solches Resultat her-
beizuführen.

Bewerkschaftsbewegung.

**Generalaussperrung im Schnebergewerbe ange-
kündigt!** Nach dem letzten Schriftwechsel zwischen den Vor-
ständen beider Verbände mußte es den Anschein erwecken,
daß es zu nochmaligen Verhandlungen kommen sollte. Der
Wind ist im Unternehmerverbände plötzlich völlig umgeschla-
gen, wie nachstehendes Schriftstück zeigt, das der Unterneh-
merverband an den Zentralrat des Schnebergewerbes sandte:

2. März 1912.

Den Eingang Ihres Schreibens vom 1. cr. bestätigend,
teilen wir Ihnen mit, daß wir mit Rücksicht auf die
vollständige Übereinstimmung hinsichtlich der Auslegung
des § 12 des Generalvertrages auf einen weiteren Schlichtungs-
versuch verzichten. Unser vorgestern gestellter Antrag
ist somit hinfällig. Wir zeigen Ihnen gleichzeitig an, daß
die von unserm Hauptvorstand in seiner Sitzung vom 26.
Februar beschlossene Generalaussperrung am 9. März zur
Durchführung kommt.

Hochachtung

Der geschäftsführende Vorstand des Allgemeinen Deutschen
Arbeitsgeberverbandes für das Schnebergewerbe.

In B o c h u m steht der Streik äußerst günstig. 44 Fir-
men hatten bereits bis zum 2. März den Tarif unterschrit-
tlich anerkannt. Es stehen nur noch ein Duzend Geschäfte
aus, die übrigens sämtlich unbedeutend sind.

Achtung, Schuhmacher! Bei der Firma A. Greiner,
Schuhfabrik, Zweibrücken, haben die Arbeiter der Zwickerei
und Ausputz-Abteilung wegen Lohnunterschieden die Arbeit
eingestellt, nachdem die Firma gütliche Unterhandlungen ab-
gelehnt hat und zwei Kommissionsmitglieder sofort entließ.
Zugriff ist streng fernzuhalten.

Unüberlegter Streik in Dortmund. Die Berg-
arbeiter der Zeche Kaiserstuhl und Scharnhorst bei Dortmund
haben Montag früh, circa 4000 Mann, die Arbeit niedergelegt.
Der Vorstand warnt in einem sofort an die Bergarbeiter erlassenen Aufruf vor solchen un-
überlegten ArbeitsEinstellungen und ermahnt zur Einigkeit.
Der Aufruf lautet:

Ein unerhörter bedauerlicher Disziplinbruch ist heute
früh auf den Zeche Kaiserstuhl und Scharnhorst vorge-
kommen. Entgegen den Beschlüssen und Aufforderungen der
Organisationsleiter haben dort circa 80 Prozent der Belegschaft
die Arbeit niedergelegt. Die Belegschaft begründet
diese disziplinwidrige Handlung damit, daß ihr Lohnabzüge
gemacht worden seien, wo Lohnherabsetzungen notwendig sind.
— Sei dem, wie dem wolle, — wenn wir auch die Erbitterung
der Arbeiter über das provokatorische Verhalten
der Zeche verstehen, so ist es dennoch unter keinen Umständen
zu billigen und kann den Erfolg der Lohnbewegung
geradezu aufs Spiel setzen, daß die Arbeiter auf eigene Faust

die Arbeit niedergelegt haben. Wir fordern daher die Ar-
beiter aller Zeche auf, dieses böse Beispiel nicht nachzu-
ahmen, sondern rühtig ihre Arbeit zu versehen, bis die Orga-
nisationsleitungen in Gemeinschaft mit den Vertrauenslei-
tungen der Reviere entschieden haben. Nur Einigkeit und
eiserne Disziplin kann zum Ziele führen. Disziplinwidrigkeit
und Uneinigkeit sind die schlimmste Gefahr für unsere Orga-
nisation und unsere gerechte Sache. Darum, Kameraden, folgt
den Anordnungen der Organisationsleitungen und sorgt da-
für, daß wir in vollster Einigkeit und Geschlossenheit handeln
können.

**Die Lohnbewegung der Brauereiarbeiter in Mann-
heim-Ludwigshafen-Frankenthal** ist durch Tarifabschluß be-
endet. Die Unternehmer zeigten sich äußerst zugewandt und
es schien erst, daß es zum Kampf kommen sollte, hauptsäch-
lich wegen der Regelung der Arbeitszeit und besonders für
die Bierfahrer; aber auch sonst waren die Zugeständnisse
recht minimal. Schließlich gelang es, ein annehmbares Re-
sultat zu erzielen, mit dem sich eine Versammlung der
Brauereiarbeiter einverstanden erklärte. — In Betracht kom-
men bei dieser Lohnbewegung über 600 Arbeiter. Für die
Betriebsarbeiter gilt ab 1. Januar 1912 die neunstündige
Arbeitszeit. Die Arbeitszeit der Bierfahrer wird schon im
Sommer um eine halbe Stunde verkürzt. Die Löhne er-
höhen sich um 1,50 Mk. bis 1,90 Mk. die Woche, rückwirkend
ab 1. Januar und betragen tarifmäßig 80 bis 84 Mk. Ein-
stellungslohn und 82 bis 88 Mk. Höchstlohn. Es wird ein
jährlicher Urlaub von drei bis sechs Tagen ohne Lohnabzug
gewährt.

**Die Aussperrung der Schuhmacher in Vermelskirchen,
Süßen, Wuselshausen und Dabringhausen** dauert unverändert
fort. Die bürgerliche Presse bringt fortgesetzt Berichte über
Aussperrungen der Aussperrten, um Stimmung gegen die
Arbeiter zu machen. Alle Angaben über Aussperrungen
der Aussperrten beruhen auf Unwahrheit, selbst die Be-
hörden müssen anerkennen, daß sich die Aussperrten muster-
haft betragen. Aussperrungen werden nur von den so ge-
nannten nützlichen Elementen ausgeht, die mit Dolchen, Re-
volvern, Schlagringen und Stanzblechen bewaffnet sind; sie
bilden durch ihr Verhalten geradezu eine Gefahr für die
öffentliche Sicherheit. An einem Abend hatten sie es auf den
Angestellten des Schuhmacherverbandes abgesehen, da sie
ihn aber nicht persönlich kannten, überfielen und mißhandeln
sie einige Bürger, die natürlich mit der Aussperrung ab-
solut nichts zu tun haben. Ein anderer Arbeitswilliger schob
auf der Straße einem 15jährigen Knaben eine Kugel dicht
am Kopfe vorbei. Wegen dieser Ausschreitungen wurden
mehrere Arbeitswillige bereits auf frischer Tat verhaftet,
zwei schließlich verfolgte Verbrecher wurden kurz nach ihrer
Ankunft verhaftet. Dies sind die Beilings der Fabrikanten,
ihre Ausschreitungen möchte man den Aussperrten anhängen.
Die Bevölkerung steht auf Seiten der Aussperrten.
Durch die Ausschreitungen der Arbeitswilligen haben sich die
Fabrikanten auch den letzten Rest von Sympathie unter den
Bürgern verlohren. Die Arbeiter aber lassen sich durch diese
Provokationen nicht zu unbedachten Handlungen verleiten.

Von der französischen Bergarbeiterbewegung. Aus
Paris wird uns gemeldet: Die französischen
Bergleute beginnen ebenfalls sich an der Bewegung zu
beteiligen. Die Kameraden des Loire-Rohrgebietes haben
als Sympathieunterstützung für die englischen und deutschen
Bergleute für den 11. März einen 24stündigen Generalstreik
beschlossen. Die Bergleute von Pas de Calais und des
Nord-Beckens werden einer Mitteilung der „Humanité“ zu-
folge wahrscheinlich den Sympathiestreik beschließen, dabei
aber die Forderung stellen, daß die Alterspension für Berg-
leute auf 780 Franks erhöht wird. Bindende Beschlüsse
werden erst am 4. März in der vom Exekutiv-Ausschuß des
Bergarbeiter-Verbandes nach Lens einberufenen Sitzung ge-
faßt werden.

Aus Nah und Fern.

Massenerkrankungen in der Kaserne. Nachdem erst
kürzlich eine große Anzahl Mannschaften der Unteroffiziers-
schule in Potsdam am Genuß nicht einwandfreien Fleisches
erkrankt ist, kommt jetzt aus Mainz die Nachricht, daß bei
einem dortigen Infanterieregiment 79 Mann in das Laga-
ret gebracht werden mußten, weil bei ihnen Vergiftungs-
erscheinungen sich zeigten. Man führt die Ursache auf den Ge-
nuß von Seefischen zurück. In allen diesen Fällen ist es
einigermaßen merkwürdig, daß die Aufsichtspersonen in der
Regel nicht erkranken, obwohl sie verpflichtet sind, die Mann-
schaftsstoff zu verkosten, ehe sie an die Mannschaften verab-
reicht wird. Die Aufsichtsinstanzen würden gut tun, einmal

nachzuprüfen, ob die Vorgesetzten auch in der entsprechenden
Weise sich von der Güte des Essens vorher überzeugt
haben.

Ein Gattenmord in Dresden. Gestern früh wurde im
Hinterhaus der Konfordienstraße 82 die Markthelferseebräu-
er Boetter tot aufgefunden. Sie war offenbar durch
Beiliche erschlagen worden. Der Aufenthalt des
Chemannes Ernst Boetter, der als Täter in Be-
tracht kommt, konnte bisher nicht festgestellt werden. Es ist
nicht ausgeschlossen, daß er sich in der Nacht vom Sonntag
zum Montag das Leben genommen hat.

Doppelmord. Gestern nachmittag um 2 Uhr wurden in
dem Sitka benachbarten Waltersdorf die Frau des
Obermeisters Gittler und deren 19jährige Tochter in ihrer
Wohnung erschossen aufgefunden. Es liegt Doppelmord
vor. Der Mörder, ein 29jähriger Arbeiter namens Kraß,
wurde auf Groß-Schönauer Flur tot aufgefunden. Er hatte
sich selbst erschossen. Zwischen ihm und dem jungen Mäd-
chen scheint vor der Tat ein heftiger Kampf stattgefunden zu
haben.

Der dritte deutsche Jugendgerichtstag wird vom 10.
bis 12. Oktober 1912 in Frankfurt am Main statt-
finden. Das Hauptthema der Tagesordnung wird sein:
„Notwendigkeit und Dringlichkeit gesetzgeberischer Maß-
nahmen gegenüber der anwachsenden Kriminalität der Ju-
gendlichen.“ Die Einzelthematika, deren Behandlung je einen
Tag umfassen wird, lauten: 1. Strafe und Erziehung. 2. Sühne
und Besserung. 3. Strafe und Erziehungsmittel im einzel-
nen. 4. Ihre Anwendung und Organisation. 5. Die Not-
wendigkeit eines besonderen Jugendgerichtsgesetzes mit Ein-
beziehung der Grundzüge eines Reichs-Fürsorgeerziehungs-
gesetzes.

Anfall des L. B. G. Das Luftschiff L. B. G. erlitt gestern
einen Unfall. Durch einen Windstoß wurde es bei der Lan-
dung auf dem Flugplatz Johannistal ergriffen und abge-
trieben, wobei es erst auf der Reutbühner Feldmark landen
konnte. Ein Propeller wurde dabei beschädigt. Der Bal-
lonmeister Nowes wurde bei einem Versuch, das Luft-
schiff niederzuhalten, emporgewirren und fand durch Anschläge
an eine Baumkrone den Tod.

Verhaftete Espione. In Frankfurt a. M. sind drei Per-
sonen verhaftet worden, die für die französische Regierung
Espionage getrieben haben. Sie waren in Paris mit einem
Beamten des dortigen Ministeriums des Innern in Verbin-
dung getreten und erhielten dort die Zusage, daß ihnen für
die Lieferung eines Zehners 1000 Mark, für ein Geschloß
3000 Mark, für ein Verschlußstück 5000 Mark und für die
Originalzeichnung eines Geschloßes 8000 Mark bezahlt wer-
den sollte. Man nimmt an, daß noch mehr Personen in die
Angelegenheit verwickelt werden dürften.

Schweres Automobil-Unglück. Während eines Aus-
fluges stürzte das Automobil eines Herrn de Wageham
im Walde von Fontainebleau um. Das Automobil geriet in
Brand. Im Wagen befanden sich vier Herren und drei Da-
men. Eine Dame verbrannte bei lebendigem Leibe.
Die übrigen Insassen wurden verletzt, darunter mehrere
schwer.

Sieben Personen verbrannt. Aus Paris wird be-
richtet: In der Ortschaft Objat im Departement Corrèze
brach in der Nacht zum Montag in einem Gasthause Feuer
aus. Die aus sieben Personen bestehende Familie kam in
den Flammen um.

Im Aeroplan nach dem Südpol. Wie aus Pau ge-
meldet wird, erklärte der Flieger Bedrines einem Jour-
nalisten gegenüber, daß er die Absicht habe, Ende dieses
Jahres gemeinsam mit dem bekannten Forschungsreisenden
Jean Charcot eine Expedition nach dem
Südpol im Aeroplan zu unternehmen. Charcot
hat bereits schon einmal den Versuch gemacht, den Südpol
zu erreichen, doch gelang es ihm damals nur, bis auf 125
Meilen vom Pol entfernt vorzudringen. Bedrines erklärte,
daß sein Apparat zwei Passagiere, Öl und Lebensmittel
für ein ganzes Jahr an Bord nehmen könne, und
daß er daher begründete Hoffnung habe, sein Ziel zu er-
reichen. — Bedrines, einer der erfolgreichsten französi-
schen Flieger, hat übrigens am Freitag wieder eine Probe
seines Könnens abgelegt. Bei einem Aufstiege in Pau flog
er in einer Stunde eine Strecke von 164,5 Kilometern.
Das ist die größte Schnelligkeit, die von einem Flieger bis-
her erreicht wurde.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: L. H. Schary. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Siegerin "Palmas" "Mohra"	Erste dreimal wöchentlich	Bezugsquellen-Verzeichnis				Den Lesern bei Einkäufen aufs beste empfohlen
Arb.- u. Berufs-Kl. J. H. Pein, am Markt. Erdolph Karstadt, Enten. K. Quitzau, Schwartzau, Markt 14	Brauereien Elbschloss, M. Hotmann, Hansstr. 75. Kieker Schloßbräu, H. A. Wulff Untertrave 96. Fersnstr. 1274	Drogerien W. Hohenschield, Marlist. 42c. T. 736. Aug. Prösch, Mühlentstr. 38. Germania-Drogerie Häxstr., Ecke Königsstr.	Friseur, Parfüm. Johs. Kähn, Rätzbg. Allee 42 a.	Kurz, Weiss, Wollw. O. Sannenwald, Lindenstr. 39. Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.	Billigste Bezugsquelle für Ulen, Herde, Gaskocher, Grudelees Adolf Borgfeldt, Fennruf 672, Mühlentstr. 38 und 40	
Art. z. Krankenpfll. F. W. Heyde, Königs- str. 33	Taback-Verkehrsverein	Fahrräder, Nähmasch. H. Benthien, Fackenberg Allee 53. Deutscher Nähmaschinen-Haus Gustav Rath, Frister & Rosmann - Nähmasch. Franz Busse, Wahnstr. 42 Rich. Israel, Alst. 31. Heinr. Körner, Gr. Burgstr. 23 St. Gertraud-Fahrradhaus, Joh. Meier, Arnst. 22 Erstklass. Räder u. Nähmasch. billig. Johs. Meyer, Königsstr. 51. Carl Petersen, Malente, Bahnhofstr. 28. Schwartzau, Lübb.-St. L. Krohn, 71. Rep. Sämtl. Ersatz.	Galant-, Spielwar. C. Blesath Wwe. Sandstr. 9.	Manufakturwaren Johann Dittmer, Drögest. 12 a. Paul Remien, Malente, Bahnhofstr. J. Zimmermann, Malente, Bahnhofstr. Hamb. Engros-Lager, Schwartzau, K. Quitzau, Schwartzau, Marktstr. 14.	Putz u. Modewaren B. Döhrmann, Holstenstr. 18	
Bäckerien J. Eixmann, Fischer- grube 47. H. Jargstorf, Warenortstr. 36. Fleischbäckerei R. Kasch Wilh. Krahn, Fackenberg, Allee 57 a. Ad. Hinzelmann, Weststr. 23. Feines Schwarz- u. Weißbrot. B. Plath, Schulstr. 3. W. Steinhoff, Travemünde.	Brennmaterialien H. Schmitt, Augustenstr. 14/14a. L. Wallbrandt, Rosengarten 10.	Farben u. Lacke J. Becker, Domestr. 29. W. Hohenschield, Marlist. 42. P. 73a. Ferd. Kröyer, Breitenstr. 81. Aug. Kayser, Mühlentstr. 31.	Handels-Lehranst. Privat-Handels-Institut Herm. Lips, Dankwartgrube.	Möbelmagazine Hinz & Bloch, Möbel-Fabrik, Detail-Verkauf in der Fabrik Mühlentstr. 67. W. Pamperlin , St. Annenstr. 20. Wohnungseinrichtungen z. billigen Pr.	Schreibwaren Aug. Burmeister, Lübeck. M. Maxein Wwe., Moisig, Allee 40 a. Mühlentbrücke 2 a. Elsa Paulsen, Spez.: Briefmarken	
Beerd.- u. Sarg-Mag. Central-Beerdigungsanstalt A. Brodersen, Angerstr. 7, Tel. 1091. Pansir. 16. Särge in allen Preislagen. C. Thiesen & Sohn, Wahnstr. 29. Übern. ganzer Beerd. Eisen-Leichen- u. Transportwagen. L. Hinz, Lübeck, Schwarz. Allee 103 L. Hinz, Leierstr. 10. L. Hinz, Reusefeld, Gr. Lager in Lübb., Holz- u. Metallsärgen.	Cacao, Choccol., Tee Lina Schwarz, Lübeck, Hülstedt 12	Fleisch- u. Wurstw. Hans Gerds, Elswigstr. 1 a. H. Aufschmitz Prima Fleisch- u. Wurstwaren. Chr. Gipp, Moislinger Allee 4. Gottlieb, Königsstr. 104. Berkergstraße 30. Carl Joost, Wahnstr. 140. C. Klein, Pfaffenstr. 14. F. Lücke, An der Mauer 41 a. F. Mörck, Kupferschmiedestr. 68. Basarstr. 44. Wurst- W. Hinz, Fabrik mit elektr. Betr. Jul. Schöber, Gr. Burgstr. 53. Gust. Zach, Kottwitzerstr. 32. E. Hiller, Oldesloe, Brannenstr. 2. E. Hiller, Pa. Fleisch- u. Wurstw.	Hüte und Mützen Adolph Dimpker, Lübeck, Wahnstr. 9. Ang. Trost & Sohn, Holstenstr. 24.	Molkereiprodukte Hansa-Meierei An der Mauer 41 a. v. Milchprodukten aller Art	Schuhwaren Rud. Möller, Hartengr. 38. Reparatur. Aug. Rostock, Füllhaus 5. Rudolph Karstadt, Enten. Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.	
Beschlagenten H. Fackel, Gr. Götzeplatz 14. Hansa Reckergstraße 51. L. Hinz, Warenortstr. 21.	Dampfwäsch-, Plättst. und Handtücher "Lorenz" Wäsche-Vertriebs-Anstalt, T. 1022. Spezialität: Hans- u. Fein-Wäsche. W. Köper, Füllhausstr. 69. Hansa, 29. Fennruf: 224. 69 W. Krüger, Füllhausstr. 10.	Kino-Salon Biophon-Theater Breitenstr. 52. Vornehmstes am Platz. Vollendetste Vorführung, lebe- dig, singender, sprechender Photogr.	Herren- u. Knab.-Gard. Joh. Dittmer, Lübeck, Drögest. 12 a. Rudolph Karstadt, Enten.	Meiereien Meierei Rensfeld Inh. Paul Rensfeld. Vorzüglichste Bezugsquelle für Milch und Butter. Meierei Schwarbau Inh. Philipp Eitel, Tel. 2144. Milch und fl. Molkereiprodukte.	Seifen, Toilette-Art. Ludwig Hartwig, Lübeck, Oh. Travestr.	
			Häute und Mützen Adolph Dimpker, Lübeck, Wahnstr. 9. Ang. Trost & Sohn, Holstenstr. 24.	Optik u. Mechanik Carl Volger, OptischesSpe- zial-Geschäft, 56 Breitenstr. 56.	Stahl-, Eisenwaren Franz Götze, Fackenberg, All. 10b. Fennruf 1031. F. Wichmann, Hingor Sahlwaren.	
			Kolonial-, Fettwar. Fiedler J. Behm, Hansstr. 97. Johs. Brede, Dankwartgr. 37. Reinh. Bösen, Arnst. 12. Heinr. Franck, Wahnstr. 67. Ludw. Harwig, Oh. Trave 8. Carl Hudoffsky, Marlist. 47. D. Lerech, Lg. Lohberg 37. Ernst Lüth, Spillerstr. 5. H. Schmitt, Augustenstr. 14/14a J. Semrau, Häxstr. H. Lettow, Enten, Weidestr. 4 Louis Rathmann, Schwartzau. J. U. Kröger, Travemünde.	Photogr. Ateliers O. Goetze, Lübeck, Jul. Pingel, Johannistr. 15. Samson & Co., Breitenstr. 39. Fennruf 1057.	Tapeten, Linoleum Carl Dencke, Lübeck, Königsstr. 43b. Tapeten-Reste. Fritz Rehm, Beckergrube 20. E. Ehtert, Lübeck, Breitenstr. 15.	
				Uhren-Repar.-Werkst. Amerikanische, Häxstr. 71 Fast jede Reparatur nur 1 Mk. 2 Jahre schriftliche Garantie.	Uhren, Goldwaren August Büttner Uhrmacher Hülstedt 32. Wilh. Westfahl, Holstenstr. 32. H. Neumann, Schwartzau.	
					Weine, Spirituosen Fr. Geist, Lübeck, Hülstedt 8. T. 1095. Friedr. Otte, Fischergrube 43, empfiehl. Prima Weine und Spirituosen.	

Leser, Leserinnen, Arbeiter, Arbeiterinnen, berücksichtigt obige Firmen!